

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Verlagspreis: 10 Pfennig monatlich. 1.20 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 1.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr). Verlag: Dresden, Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Reichsbankstr. 11. Redaktion: Bülowstr. 11. Telefon: 17259 / Postfach Dresden 11. 1889. Erscheinungstermin: Montags von 18 bis 18 Uhr allgemeine Erscheinungstermine. Mittwochs von 17 bis 18 Uhr. Die Sonntags- und arbeitsfreie Tage werden verlegt von 18 bis 18 Uhr. Letztliche Erscheinungstermine: 1.20 Reichsmark. Die Sonntags- und arbeitsfreie Tage werden verlegt von 18 bis 18 Uhr. Letztliche Erscheinungstermine: 1.20 Reichsmark.

5. Jahrgang Dresden, Freitag den 15. November 1929 Nummer 266

Deutsche Arbeiterdelegation in Moskau ruft die deutschen Werktätigen

Eine Deklaration der Delegierten:

Schützt den sozialistischen Aufbau! Wählt am 17. Nov. Kommunisten!

Moskau, den 14. November 1929.

Die zur Oktoberfeier in der Sowjetunion eingetroffene Arbeiterdelegation richtet an die Werktätigen Deutschlands eine Deklaration, worin es u. a. heißt:

Die reformistischen Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratischen Führer haben alles getan, um uns von der Seite in den Arbeiterkampf zu verwickeln. Manche von ihnen sagten uns, man werde uns sorgfältig überwachen, man werde uns hungern lassen, da die Arbeiter in Ostasien selbst hungern. Hier leben wir nicht derart. Wir können uns vollkommen frei bewegen und man läßt uns leben, wie wir es wollen. Wir leben hier keine Hungernot, keine hungernden Proletarier und erklären nochmals, daß die Lebenshaltung der russischen Arbeiter schon jetzt besser ist, als die des deutschen Proletariats. Auch dem Arbeiterlohn, der die Lebenshaltungsfaktoren übersteigt, geht es bei russischen Arbeiterkategorien, die keine Lage noch weiter verbessern. Die fünfjährige Arbeitswoche ist eine der größten Errungenschaften der Arbeiterklasse der Sowjetunion. Die Ausposten folgen sich aufeinander, der Gesundheitszustand der Arbeiter bessert sich, ihre Uebermüdung schwindet. Neben der fünfjährigen Arbeitswoche wird auch der Sektionsurlaub allseitig eingeführt.

Das Wichtigste, Größte und Bemerkenswerteste ist die Tatsache, daß in der Sowjetunion die Macht ausschließlich in den Händen der Arbeiter liegt.

Die unmittelbare Einwirkung der Arbeiter auf den Staatsapparat und auf die Oekonomie breitet sich immer weiter aus. Hier gibt es kein proletarisches Klassenregiment. Die Waffen sind in den Händen der Arbeiter. Die Demonstrationen, die wir am 7. November sahen, machen die gemeinen Plagen der Sozialfaschisten, hier wäre eine Diktatur über das Proletariat aufgerichtet, wertlos und nutzlos.

In der Sowjetunion regiert das Proletariat. Dem Regierungsapparat gehören Arbeiter aus den Reihen an. Im nächsten Jahre wird das Moskauer Proletariat zehntausend Arbeiter zum Staatsapparat beauftragen, wobei diese Arbeiter auch weiterhin in enger Verbindung mit dem Betrieb bleiben, wie Arbeiter in einem und nach Ablauf eines Jahres in den Betrieb zurückkehren werden, um anderen Arbeitern den Weg zu ebnen. In der weitesten Weise nimmt das Proletariat der Sowjetunion an der Regierung des eigenen Landes teil.

Wir haben den außerordentlichen Enthusiasmus gesehen, mit dem die Arbeitermassen den Fünfjahresplan verwirklichen.

Dieser Werk ist bisher keiner sonst, kein früher vorgelegener. Der Fünfjahresplan ist der gewaltige Plan der Revolutionierung der Sowjetunion, aber auch der Entwicklung der Welt. Das riesige Territorium wird landwirtschaftlich, die Arbeitslosigkeit wird beseitigt, die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert. Wir bewundern daher die Millionen Arbeiter russischer Arbeiter. Nebenbei erklären wir im Bau befindliche Industrieanlagen, Häuser und Nervenbahnen über den Bau der Sowjetunion. Dieses große Aufbauprogramm ist auf Wunsch des Proletariats in Angriff genommen worden und wird mit seinen Kräften und seiner Energie unterstützt. Im tenastischen Wettbewerb lassen die Arbeiter der einzelnen Betriebe einander in der sozialistischen Aufbauehre zu überholen. Am 7. November läuteten die Arbeiterdemonstrationen solche Märsche mit: „Wir haben die Planvorgabe um 45 Prozent überschritten“, „Wir haben die Planvorgabe um 10 Prozent überschritten“. Diese Arbeiter, die so sehr nachwärts arbeiten, verschweigen auch nicht ihre etwa noch vorhandenen Mängel. Gleich bringt die jetzige Generation Opfer, Opfer im Interesse des Sozialismus. Ein großer, ja, der größte Teil der Produktion muß für den Aufbauwert zur Verwendung gelangen.

Wir können euch nicht alles erzählen, was wir gesehen haben. Wir wollen vorerst nur auf die gewaltige Kulturarbeit verweisen, die hier geleistet wird. In allen Fabriken, Klubs, Schulen, Universitäten, wo die Studenten zu 85 Prozent aus Arbeitern bestehen, wird Kulturarbeit geleistet.

Weder Gerechtigkeit noch Preis für die Sowjetunion schlagen und sparen uns zum Kampf für den Sozialismus, zum Kampf um die Niederwerfung unserer Bourgeoisie an. Wir fühlen uns verpflichtet, zu sagen:

„Kämpft gegen die Kapitalisten, rüdt von den Sozialfaschisten ab, küßt diese Verräter!“
Wir rufen euch zu: „Kämpft für den Sozialismus! Gebt am kommenden Sonntag eure Stimmen für die Kommunistische Partei ab!“

Doch wir sagen euch auch, daß dies noch nicht genügt. Es muß noch Sicheres getan werden. Wir, die wir hier das Leben der Arbeiter gesehen und uns davon überzeugt haben, wie der Kapitalismus im praktischen Leben befeigt ist, wie seine letzten Überreste vernichtet sind, wir verstehen jetzt besser, warum die Imperialisten der ganzen Welt das Arbeiterland überfallen wollen. Wir haben jetzt den Zweck des Angriffes der Imperialisten mit Hilfe der imperialistischen Banditen im Fernen Osten durchschaut. Wir haben im Namen des revolutionären deutschen Proletariats der roten Armee im Fernen Osten unsere Brüder geschickt. Wir fühlen uns verpflichtet, unsere Solidarität praktisch zu beweisen. Organisiert die Unterstützung der russischen Genossen! Wartet darauf, daß die deutschen Arbeiter in der Sowjetunion nicht etwas schlechtes, unbrauchbares Material über alle Maschinen schicken. Wir fordern euch auf, zum Zeichen eurer Verehrung, den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion aktiv zu unterstützen. Zu Beginn des kommenden Jahres Gehalt zum Kauf eines Traktors zu sammeln und bitten euch, diese Sammlungskasse sofort einzuleiten. Jede Maschine im russischen Land ist ein Schritt zur Überwindung der Schwierigkeiten, ein weiterer Schritt zum Sozialismus.

Doch die wirkliche Unterstützung unseres ersten Vaterlandes ist die Vorbereitung der Revolution in Deutschland. Am 30. November tritt in Berlin der Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition zusammen.

Wählt Delegierte zu diesem Kongreß! Schließt euch der Opposition an!

Organisiert die Opposition! Führt den härtesten Kampf gegen die Sozialdemokraten, die Renegaten und gegen alle Handlanger der Kapitalisten! Verhört den Kampf gegen den Faschismus aller Schattierungen!
Wir treten jetzt unsere Reise durch das große Land, das den Arbeitern gehört, an. Wir begrüßen in eurem Namen die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion und senden euch deren Gruß.

Wieder eine SPD-Abgeordnete zur KPD übergetreten

Sie konnte die Berritterpolitik nicht mitmachen!

Halle, 15. November. (Eig. Drahttelegramm.)

Die sozialdemokratische Provinzial-Landtagsabgeordnete Marie Köpfer (Halle) ist, wie der heutige Klassenkampf (15. November) zu melden weiß, zur KPD übergetreten. Schon mehrere Monate war Marie Köpfer aus der SPD ausgetreten, da sie die Politik dieser Berritterpartei nicht mehr mitmachen konnte. Jetzt zeigt sie durch den Übertritt zur KPD, daß sie gewillt ist, im Sinne der revolutionären Arbeiterklasse zu kämpfen.

Die Hezer winden sich

Gültigkeit des Briefes Dierckens soll bezweifelt, dann gegeben — Heze wird verurteilt fortgesetzt

Den deutschen Kulturhändlern ist die Enthüllung der kommunistischen Presse über die Charakterisierung der Intransigenten über die „Not der deutschen Bauern“ durch den Brief des deutschen Botschafters in Moskau höchst unangenehm. Der Dresdner Anzeiger bringt deshalb gestern abend zwei Notizen, die die ganze Verlegenheit der Verleumder kennzeichnen. In der ersten Notiz sagt man, dass die Arbeit des Botschafters zu bezweifeln, muß jedoch in der zweiten darauf hingewiesen, dass der Brief des deutschen Botschafters authentisch, das heißt echt ist. Da man nicht mehr infringe ist, die Schilderung Dierckens abzuleugnen, versucht man die Diskussionsbasis zu verziehen und erklärt, daß dieser Brief, der im August geschrieben wurde, dadurch überholt sei, daß mittlerweile sich die Bauern bei Moskau angefangen haben und dadurch ihre Not ungeborenen gelindert sei. Wir wollen demgegenüber nur nochmals feststellen, daß es für uns darauf ankommt, welche Schicksal der Bauern, und wieviel von den Einkommen und der Politik der Sowjetregierung betroffen werden, denn diese Feststellung in Dierckens Brief ist nicht zeitlich begrenzt, sondern bezieht sich auf die jetzige Situation. Es kann auch nicht mehr abgelehnt werden, daß es eben die kleine, bisher rechte Schicht von Großbauern ist, die jetzt entzweit werden ist durch die Entdeckung. Die bürgerliche Presse gibt nicht die Zahl von 12 000 an. Daß diese Zahl im Verhältnis zu den Millionenmüllern der herrschenden Bauern Russlands und zu den hunderttausenden deutschen Bauern nur ein geringfügiger Bruchteil bildet, wird wohl niemand abzuleugnen wagen. Die Sowjetregierung hat in ihrer Politik zu wählen zwischen der großen Majorität der arbeitenden Bauern und der kleinen und der kleinen Oberklasse ausbeuterischer Bauernelemente. Die Sowjetregierung hat als Regierung der Werktätigen selbstverständlich für die Majorität der arbeitenden Bauern entschieden und mit Recht den ausbeuterischen Elementen ihre bisherigen Möglichkeiten der Wucherzinsen beschneiden. Daß das Kulturhändeln, verdeckt durch religiöse Fanatiker und wahrelentlich auch inoffiziell durch deutsche Stellen den gefährlichen Weg der „Belagerung von Moskau“ beschritten hat, ist eine Sache, für die die Intransigenten die Verantwortung tragen. Doch ist das brutale Ausbeuterpaß mit ihnen solidarisch ist ebenfalls nur natürlich. Aber die Arbeiter und werktätigen Bauern Deutschlands dürfen sich vor den Ratten dieser Betrübemacher und Ausbeuter der Arbeiterbauern nicht spannen lassen. Sie setzen auf der Seite der Hunderttausenden werktätiger deutscher Bauern, die nach dem Bericht des deutschen Botschafters in Moskau Frieden mit der Sowjetregierung geschlossen haben. Sie bekämpfen mit allen Mitteln den demagogischen Wählerfang der vereinigten Sozialisten und demontrieren gegen die Wahlfälscherkonten von den Intransigenten bis zu den Sozialdemokraten durch Wahl von Kommunisten am 17. November.

DWB Hasse um 30.000 Mark betrogen

Der Betrüger wird von der SPD gefolgt — Brandstiften helfen vertuschen — Antwort durch Beteiligung zum Reichsoppositionsrat

Halle, 14. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Der reformistische Bezirksleiter Ohme vom Deutschen Metallarbeiterverband Halle hat die Organisation um annähernd 30.000 Mark betrogen. Im Frühjahr dieses Jahres hat er sich Beitragsmarken im Werte von 28.000 Mark herstellen lassen, die er als edle Marken an die Mitglieder ausgab und das Geld dafür in die eigene Tasche steckte.

Dieser Diebstahl wird von der kommunistisch eingestellten reformistischen Ortsverwaltung gebilligt. Sie ist schon 4 Wochen vom Diebstahl unentdeckt und hat trotzdem nicht für räumliche Befragung des Betrügers irgendwelche Schritte zu unternehmen und aus der Ortsverwaltung auszuschließen.

Wäre der Reformist Ohme und König waren von der Bezirksverwaltung unterstützt. Sie wollten die Angelegenheit stillschweigen aus der Welt schaffen und benutzten sich, während der letzten Wochen die Verbandskasse für eine Raubpartei einzuwickeln.

Der Betrüger Ohme ist sogar als Hauptorganisator der Raubpartei vom Halle'schen DWB vorgeführt worden. Er hat diese Funktion mit besonderer Nicht-Angenommenheit, um seine Parteigenossen in Halle ungestört durchzuführen zu können. Das sind die „Führer“, die sich durch eine maßlose Betrugsgeschichte gegen die Opposition auszeichnen, um von ihren erbärmlichen Parteigenossen an Arbeitergruppen abzuwerben.

Die Kommunisten sind in den Arbeitervereinigungen nehmen immer größeren Umfang an und sind die Folge der Betrugsgeschichte der Parteiführer durch die sozialdemokratische Parteiführung. Metallarbeiter, kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die Behauptung der Rechte der Mitglieder in den Gewerkschaften! Wählt eure Delegierten zu der Reichsoppositionsrat der revolutionären Opposition am 20. November und 1. Dezember in Berlin.

Der Magistrat läßt Brotat fallen!

Ablehnung der Forderung Brotat auf Vertilgung der „Roten Fahne“

Berlin, 16. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf Grund der Enthaltungen der „Roten Fahne“ über die Millionenkorruptionen des Sozialdemokraten Brotat in der Berliner Brennereiindustrie hatte der Magistrat der Berliner Brennereiindustrie unter Vorsitz des sozialdemokratischen Stadtrats Treitel, nachdem man den kommunistischen Vertreter entfernt hatte, Brotat für „unzulässig“ erklärt. Der Magistrat hat nunmehr auf Protest der KPD-Fraktion die Aufhebung der Entscheidung für ungültig erklärt.

In der heutigen Sitzung des kommunistischen Magistratsausschusses, Genossen Wenig, haltgebundenen Aufklärungsmitglied der größte Teil der von der „Roten Fahne“ gegen Brotat erhobenen Beschuldigungen mehr oder weniger vertuscht werden. Der Magistrat hat es abgelehnt, die „Rote Fahne“ zu vertilgen. „Wenn Brotat sich beleidigt fühlt, so soll er selber gegen die „Rote Fahne“ kämpfen“, führte der Magistratspräsident aus.

Diese Abfuhr und die Freigabe Brotats sind eine offene Beleidigung für die Millionenhiebereien in der Brennereiindustrie.

Wer wird heute Mitglied der SPD?

Schwerbezahlte Direktoren!

Die sozialdemokratische Presse hatte ein großes Geschrei von ihren angeblichen Werberleistungen gemacht. Welcher Art die neuen Mitglieder sind, die die SPD rekrutiert hat, verrät die Germania. Sie teilt mit, daß u. a. der Direktor der Berliner Postbank, Knöpfke, und der künstlerische Leiter der Sendeleitung, Alfred Braun, der SPD beigetreten sind. Dieses sind schmerzliche Verluste und Verluste für die sozialdemokratische Partei. Man kann die SPD zu solchen Mitgliedern nur beglückwünschen. Arbeiter haben in einer solchen Partei nichts mehr zu suchen. Am 17. November geht dieser Partei die Antwort: Alle Stimmen der einzigen Arbeiterpartei, der KPD!

Auch noch Erhöhung der Vieh-, Textil- und Schuhzölle!

Ungeheuerliche Pläne der Koalition — Werkstätte, heraus zur Gegenwehr!

Wie wir aus parlamentarischen Quellen erfahren, bereitet die Müller-Regierung ganz ungeheuerliche Anschläge gegen die wertvolle Bevölkerung der Reichsbevölkerung.

Der demokratische Reichsfinanzminister Dietrich beabsichtigt neben der Erhöhung der Getreidezölle und der Einführung des Heimabfuhrzolls auch noch die Erhöhung der Viehzölle.

Kerner soll der neuernannte Reichswirtschaftsminister Wolbecker unbedingt die Erhöhung der Textilzölle sowie der Zölle auf Schuhwaren aller Art durchsetzen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts sind ebenfalls für die Erhöhung dieser Industriezölle, es wurde bereits veranlaßt, daß auch die sozialdemokratische Reichsregierung die Erhöhung der Schuhzölle fordert.

Neben all den übrigen Plänen auf Erhöhung der Zölle, werden...

Die „linke“ Löbauer SPD unter sich

Löbau, den 14. November.

Die Wahlversammlung der SPD in Löbau sollte eine ganz große Sache werden. Die SPD bedachte vor allem, sich mit den Vertretern der Beamtenliste auseinanderzusetzen und sich dabei als Partei der „positiven“ Kommunalpolitik aufzuspielen. Die Beamten waren nicht erschienen. Die SPD war abgesehen von einigen wenigen Arbeitern, unter sich.

Rabau zwei Stunden machten die Besucher den Redebüchse des Fraktionsvorsitzenden Richter über ihren Rücken plätschern lassen. Er sprach über die Antizipation der SPD die in den vergangenen drei Jahren geleistet wurden, und hob die politische Antragspolitik der SPD gegen die angebliche Verfehlungstheorie der Kommunisten hervor. In keinem Referat gab es nur wenige bemerkenswerte Punkte:

- 1. „Verzeihen Sie, daß ich hier etwas schwarz werde!“
- 2. „Janzahl, mit betrieblen Marxismus, aber mit delinquenten ihm, wie wir uns das vorstellen!“
- 3. „Über Wohlfahrtspflege möchte ich hier nichts ausführen.“
- 4. „Dinge, die nicht in den Mauern Löbaus geschehen sind, dürfen nicht berührt werden.“

Als Richter mit seinem Riesen auf Erden war, stiegen alle erleichtert auf um ihre ganze Aufmerksamkeit dem einzigen Debattierenden, dem Vertreter der SPD, zu widmen. Seine Worte waren eine umfassende Abrechnung mit den „linken“ Löbauer Kommunalpolitikern. Die Anzahl darauf bedacht sind, nicht über die Gemütsart Löbaus hinauszugehen, um nicht für die Taten der sozialistischen SPD-Führung verantwortlich gemacht zu werden. Die Feststellungen des Gen. Wehner, Dresden, über die Heiligkeit der Begriffe „Selbst-

Dresdner Straßenbahner demonstrieren

gegen kapitalistische Raubpartei — für die Forderungen der Gewerkschaftsopposition!

Dresden, 16. November.

Sämtliche von der Stadt Dresden entlassenen 200 Straßenbahner demonstrieren gestern geschloßen in ihrer Dienstform von der Carusstraße durch die Stadt über den Altmarkt, Postplatz nach dem Arbeitsnachweis. An der Spitze des Zuges marschieren die Mitglieder des Roten Betriebsrates der Straßenbahn. Auf dem Arbeitsnachweis der Roten Betriebsrat werden die demonstrierenden Straßenbahner von den Erwerbslosen mit einem bonnierenden „Rot Front“ begrüßt. Die entlassenen Straßenbahner erwiderten diesen, der Bourgeoisie so unangenehm in den Ohren klingenden Ruf durch den revolutionären Arbeiter und brachten ein dreifaches Hoch auf den Roten Betriebsrat der Dresdner Straßenbahner aus. Dann riefen die Straßenbahner, die mit Aussagen von den Kapitalisten Käufern auf ihre Bürgerkriegspositionen bis hierher verfolgt wurden, an die Schalter der Stempelstelle.

Der disziplinierte Zug der uniformierten Straßenbahner erreichte betriebliches Aufsehen in der Stadt. Er war eine deutliche Kampfdemonstration gegen die reaktionären Sparmaßnahmen der Müller-Wähler-Koalition im Dresdner Rathaus und ein Beweis, daß die Straßenbahner, auch mit der revolutionären Klassenkampf der Nationalisierung und der daraus folgenden Massenentlassungen zu begegnen ist.

Wir berichten bereits in unserer Mittwochs Ausgabe über dieses Ereignis sozialdemokratischer „Arbeiterpolitik“ gegen die kapitalistischen Arbeiter. Die entlassenen Straßenbahner nahmen in einer Versammlung im „Odeum“ Stellung zu der Entlassung und waren einmütig der Auffassung, daß die Stadtverwaltung lediglich durch die Vergebung von Arbeiten an die Privatkapitalisten und die verächtliche Antipathie bei der Straßenbahn selbst zu dieser Massenentlassung geführt ist. Das lächerliche Stück dabei, das sich die Straßenbahnverwaltung, die mit Substanz und Kapitalpersonal herauszufinden, selbst, ist, daß diese Straßenbahner fruchtlos entlassen wurden, wobei sie nur eine Arbeitsbeschäftigung und die Steuerfaktoren erhielten.

Tatsachen, die nicht bestritten werden können

Die Sozialdemokraten stimmten mit Zentrum und Deutschnationalen

für den Raub von mindestens 100 Millionen aus der Arbeitslosenversicherung.

gegen alle Anträge der Kommunisten auf Ausbau der Erwerbslosenversicherung.

für Herabsetzung der Unterstützungssätze für Saisonarbeiter auf die Höhe der Arbeitslosenversicherung.

gegen den kommunistischen Antrag auf allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze und gleiche Höhe für alle Arbeitslosen.

für die Verlängerung der Anwartschaftsdauer und der Wartezeiten.

gegen den kommunistischen Antrag auf Gewährung der Unterstützung an alle Erwerbslosen vom Tage der Arbeitslosigkeit an.

für die Anrechnung der Renten, der Wartegelder und Ruhegehälter auf die Unterstützung.

gegen das Arbeitsbeschaffungsprogramm der kommunistischen Reichstagsfraktion.

für die Einschränkung des Kreises der Versicherten.

Sie werden vom Arbeitsnachweis nicht für andere Arbeit vermittelt, sondern ausschließlich zur Verfügung der Straßenbahn gehalten, da eine Häufung des Verkehrs erwartet wird und die Straßenbahnverwaltung nicht neues Fahrpersonal einfahren will wegen der damit verbundenen Kosten. Die Straßenbahner sind damit ihrer Rechte als Betriebsangehörige beraubt und ein Spielball in den Händen der Straßenbahnverwaltung.

Ein solch schändliches Spiel können die Herrschaften leicht auf Grund der niederträchtigen Verfechtungen der Arbeiterrechte im Erwerbslosenversicherungsangelegenheit mit den Arbeitern treffen. Für diese Verfechtungen trägt die SPD ebenso wie die sozialistische und die übrigen bürgerlichen Fraktionen die volle Verantwortung.

Die Maßnahmen der Straßenbahnverwaltung sind um so handhafter als der Straßenbahner durch die geringe Wagenentlastung in unverantwortlicher Weise überlastet ist. Die Überfüllung der Wagen zwingt nicht nur den Schaffner, draußen am Estrich zu stehen; durch überfüllte Bordperrons werden die Fahrer in ihrer Aufmerksamkeit abgelenkt, und wenn ein Unfall passiert, müssen die eigentlich Verantwortlichen die Schuld auf das Fahrpersonal abwälzen. Mit dieser Gesellschaft ist es, aufzuklären. Die kapitalistischen Arbeiter, Angehörigen und unteren Beamten müssen diesem Kampf den Kampf anlegen wie die demonstrierenden Straßenbahner am gestrigen Donnerstag, und ihre Bereitschaft zum Kampf dokumentieren durch

Die Reformisten Langner, Eisold, Haube ufm., die in der Versammlung der Straßenbahner anwesend waren, haben keine wirklichen Gegenmaßnahmen vorschlagen können. Sie sind einverstanden mit dem Führer und denken nicht daran, den Straßenbahner gegen die Kapitalisten der Verwaltung beizustehen. Mit dieser Gesellschaft ist es, aufzuklären. Die kapitalistischen Arbeiter, Angehörigen und unteren Beamten müssen diesem Kampf den Kampf anlegen wie die demonstrierenden Straßenbahner am gestrigen Donnerstag, und ihre Bereitschaft zum Kampf dokumentieren durch

Wahl von Kommunisten am 17. November!

gegen die kommunistische Forderung auf Ausdehnung der Unterstützung auf alle Arbeitslosen.

Vor den letzten Wahlen riefen die Sozialdemagogen:

„Wer den Ausbau der Arbeitslosenversicherung will, der wähle SPD.“

Auf dem Magdeburger Parteitag riefen sie mit Pathos:

„Wir lassen an der Erwerbslosenversicherung nicht rütteln!“

Im Hinblick darauf aber stimmten sie unter Führung des sozialdemokratischen Arbeitsministers Billewitz dem Unterstützungsgesetz zu und verhöhnen jetzt noch obendrein die Opfer der Nationalisierung in der SPD- und Gewerkschaftsopposition mit der verlogenen Behauptung, sie hätten die geplanten Verfechtungen „abgemehrt“.

Darauf kann es nur eine Antwort geben:

Keine Stimme den Räubern der Arbeitslosenversicherung!

Am 17. November alle Stimmen der kommunistischen Partei!

Weißer Terror in Hamburg!

Vergebliche Polizeijagd nach kommunistischer illegaler Presse!

Hamburg, 16. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf der Suche nach der illegalen Hamburger Volkszeitung umstellten die Polizeibehörden des sozialdemokratischen Polizeikommandos in der Nacht des 13. November das Arbeiterwohnviertel von Otto Stern, Hasenbühlensplatz. Alle Gänge, die nach 1 Uhr das Lokal verlassen, wurden zur Polizeiwache geführt. Dort wurden ihre Mitbringer, Frühstücksbrot und Kaffee, die sie bei sich hatten, eingehend durchsucht. Der Keller des Lokals und der Hof wurden bis in die letzte Nacht abgeleuchtet, weil die Polizei vermutete, daß dort eine illegale Druckerei der Hamburger Volkszeitung eingerichtet sei. Gefunden wurde nichts. — Im Laufe des heutigen Tages sind wieder Tausende neuer Parteimitglieder, Schülerklub, Gym. Bezirksleitungen usw. herausgefunden.

Vom Tage

Schweizerische Reichstagswahl auf polnischen Eisenbahnen

III Warschau, 14. November.

In den letzten 14 Tagen sind auf den Eisenbahnen in der Umgebung von Warschau nicht weniger als 10 Leichen gefunden worden. In 5 Fällen war der Kopf vom Kampf getrennt. Die Polizei hält es für möglich, daß mindestens ein Teil der Leichen Räubern zum Opfer gefallen sein könnte, die die Leichen auf die Bahnen gelegt hätten, um Selbstmord vorzutäuschen. — Am Donnerstagmorgen ist es der Polizei gelungen, einige Mitglieder einer gefährlichen Bande zu verhaften, die in der Warschauer Wejnowski ihr Unwesen trieb.

Soweit die III. Es ist aber notwendig, darauf hinzuweisen, daß gerade die polnische Polizei sich solcher Mittel zur Verleumdung von revolutionären Arbeitern bedient. Wir glauben aber an die Aufrichtigkeit der polnischen Polizei des Senatspräsidenten wie an die Aufrichtigkeit der polnischen Regierung.

Der tote Jahrgang

III Berlin. Wie die Volkszeitung berichtet, ist die Kriminalpolizei ausschließlich mit der Auffindung eines todesfalligen Beschäftigten, der unter unglücklichen Umständen starb. Ein 63 Jahre alter Kaufmann befiel am Donnerstagabend in Begleitung einer Dame an der Breststraße eine Treppe, um nach dem Reichstagsplatz zu fahren. Untermwegs lag die Dame aus, nach dem Ausfall als Nebstteil nochmals den Reichstagsplatz an und verfiel. Als der Kaufmann angehalten war, stellte er zu seinem Entsetzen fest, daß kein Jahrgang tot im Wagen lag. Die Todesursache konnte noch nicht festgestellt werden.

Witterungsberichte: Zunächst wolfiges, zeitweilig aufklärendes, dabei örtlich neblig-dunstiges Temperaturverhältnis wenig geändert, bewölktes Nachts. Im Flachland örtlich leichter Frost möglich, oberes Etagehohe Temperaturen (Schnee). Schwache, böstere Regen mit zeitweiligen bis mittlichen Schauern. Im höheren Verlauf, voraussichtlich erst übermorgen wieder Niederschläge.

Die Vertreterin der Ausgebeuteten, Unterdrückten und Entrechteten ist allein die Kommunistische Partei!

Welche Liste wählen die Mitglieder der Roten Hilfe?

Die Rote Hilfe ist keine politisch neutrale Organisation, sondern sie nimmt zu allen politischen Fragen Stellung. Sie kämpft gegen den Nationalismus und Sozialfaschismus, weihen Terror und bürgerliche Klassenjustiz und unterstützt die Opfer des Klassenkampfes.

Die Überparteilichkeit der Rote Hilfe liegt nicht in ihrer Neutralität voraus, denn es gibt keine Organisation, die unpolitisch ist. Eine Organisation, die Arbeiterinteressen vertritt, kann nicht politisch neutral sein. Als Feinde des Proletariats haben sich schon längst zu einer Front gegen das revolutionäre Proletariat aufgeschlossen.

Die Rote Hilfe ist eng mit dem revolutionären Proletariat verbunden. Sie unterstützt keine Kämpfer, die in Kerker geworfen werden, und die Angehörigen der niedergeborenen Proletariat.

Die Rote Hilfe nimmt regen Anteil am Bestimmungskampf des Proletariats.

In den Kommunalwahlen hat die Rote Hilfe dieselbe hohe Interesse wie an den Reichs- und Landtagswahlen.

Das Eintreten für nachdringende Forderungen bilden wir für eine bestmögliche Voraussetzung der Wahl durch die Rote Hilfe.

1. Kampagne für alle proletarisch-politischen Gefangenen und Verurteilten und aller noch nicht amnestierten Strafgefangenen;
2. Kommunale Unterstützung der Kinderheim der Roten Hilfe;
3. Kommunale Unterstützung sämtlicher Opfer des Klassenkampfes und der Klassenjustiz, der Hinterbliebenen und Gefangenen;
4. gegen das neue Strafgesetzbuch und gegen das neue veraltete Strafvollzugsrecht;
5. Kampf gegen das Strafmaß und die neue Justizhausordnung;
6. Kampf der „Sozialen Reichshilfe“, die für die bürgerlichen Klassenjustiz und gegen die Arbeiter-Gefängnisse steht;
7. gegen die bürgerliche Arbeitergerichtsbarkeit! Das Arbeitergericht in die Hände der Werktätigen;
8. gegen das Justizwesen und für das Recht der proletarisch-politischen und nationalrevolutionären Gefangenen;
9. gegen die bisherigen Gefangenenerträge - für die Schaffung von Arbeitergefängniserträgen aus Vertretern der proletarischen Massenorganisationen und Kommunalvertretern zur Unterstützung und Verbesserung des Strafvollzugs in den Strafanstalten;
10. gegen die neue Verwahrungslösung, die für entlassene Strafgefangene eine Fortleitung der Haft und schändliche Ausbeutung bedeutet - kommunale Unterstützung und Arbeitsbeschaffung für entlassene Gefangene;
11. gegen die bürgerliche Fürsorgeerziehung - nötige Verbot der Unterbringung politischer Jugendlicher in Fürsorgeerziehung - Kontrolle und Schaffung über die Fürsorgeerziehung durch proletarische Organisationen.

Wir verlangen von den Wahlberechtigten: daß sie alle diese Forderungen vertreten, ebenso daß sie für unsere wichtigen Kampfmaßnahmen eintreten.

- Kampf gegen den weißen Terror!
- Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz!
- Kampf gegen die Verfolgung der revolutionären Organisationen!
- Kampf gegen die Strafgefangenen- und Kriegsgefangenenverbände, für den Kampf der Sozialisten!

Welche Partei vertritt unsere Forderungen?

Alle bürgerlichen Parteien lehnen nicht nur unsere Forderungen ab, sondern sie kämpfen gegen uns genau so wie sie überhaupt Feinde der Arbeiterklasse sind.

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft uns gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien. Sie ist immer gegen alle unsere Forderungen aufgetreten. Sie schließt gemeinsam mit der Reaktion zusammen gegen die Arbeiterklasse. Das neue Republikanische, das neue

Verfassungsrecht, der neue Strafgesetzbuch sind die Früchte des faschistischen Rufes in Deutschland. Die Rolle der Sozialdemokratie, die sie im Kampf gegen die Arbeiterklasse einnimmt, ist eine ausgeprägte sozialfaschistische. Unter sozialdemokratischen Ministern liefert sie die revolutionäre Arbeiterklasse den Klassenrichtern der Bourgeoisie aus. Ihre Parteigenossen sitzen in den Ausschüssen als Richter und verurteilen die Arbeiter zu langjährigen Justizhaushalten. Die Verfolgung der Arbeiterklasse der revolutionären Presse, der Kameraden des verbotenen Roten Frontkämpferbundes, des Auseinanderbrechens von Arbeiterdemokratien wird unter der Regierung sozialdemokratischer Ministerialkammer betrieben als bisher.

Sozialfaschistische Sozialpolitik

Bei den ungeheuerlichen Verschlechterungen des Arbeitslosenversicherungsrechtes hat die gelobte Front der Ausbeuter mit ihren sozialdemokratischen Trabanten auch nicht halt gemacht bei den Unfallsfällen.

Durch Beschluß des Reichstages wird nun jetzt ab ein wesentlicher Teil der Unfallrente bei der Gewährung von Arbeitslosenunterstützung in Anrechnung gebracht. Was für eine Ungeheuerlichkeit dies bedeutet, ist daraus ersichtlich, daß die Arbeitslosen nicht die vollen Beiträge zu zahlen haben, aber die Arbeitslosigkeit in ihrem Rechtsanspruch bezüglich eingetragener Lohn, doch 90 Prozent der Unfallrente in Anrechnung kommen. Neben diese Maßnahme ist in keinem einzigen sozialdemokratischen Blatt etwas zu lesen.

Wie wird der schlimmste Missetäter der Arbeiterklasse schon jetzt, schrittweise die Unfälle der Arbeiter, notwendig sein an folgenden Spruch der gegen einen Unfallrentner vor dem Reichspräsidenten geltend gemacht wurde:

Unfallrentner.
In der Arbeitslosenversicherungs- und Unfallrentenversicherung des Reiches und der Länder durch den Reichspräsidenten in Verzug gegen die Reichsregierung für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung in Berlin des Reichspräsidenten beim Reichspräsidenten am 21. 10. 1929 in eine mündliche Verhandlung folgende Verhandlung protokolliert:

„Es sind monatlich 65 Mill. Reichsmark für Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.“

Im Reichstag vom 4. 10. 1929 ist die Höhe der gewährten Unfall-Rentenunterstützung in Höhe von monatlich 15,57 Mill. auf monatlich 2,8 Mill. herabgesetzt worden. Hiergegen

Die SPD am Pranger

Arbeitsamt als Dirnenmarkt

Die Rote Post, das revolutionäre Kampforgan der Arbeiterklasse, hat in ihrer Nummer 2 folgende Artikel über das Arbeitsamt veröffentlicht. Das heutige Arbeitsamt steht unter der Leitung des Sozialdemokraten Schulz. Die Antwort dieses Herrn und seiner Clique war der Ruf nach dem stehenden Staatsanwalt. In einem zweistündigen, lächerlichen Verhandlung wurde behauptet:

„Erlaube die Mittelungen über die angeführten unrichtigen Angaben an eine erwerbslose Arbeiterin durch einen Angehörigen des Arbeitsamtes. Eine Anfrage gegen die Vertreter dieser Schritte bei der Staatsanwaltschaft wird vom Landratsamt in die Wege geleitet.“

Wichtiger war der Vorwand der SPD auch der Gemeindefiskus. Dieser wurde in den Dienst der Gerechtigkeit des Herrn Schulz und seiner Clique von der berechtigten Klage der Kommunisten geführt. Die Kommunisten sollten in der Angelegenheit stehen. Was hat mit in der Sache ein Sozialist zu tun, wenn die Interessen der Arbeiterklasse der SPD überläßt. Es ist unverständlich, wie der Arbeiter, der bei der SPD-Organisation auf dem Arbeiterarbeitsamt in der Staatsanwaltschaft stehen soll entgegen-

traten ist. Das Protokoll wird nicht mit ein Schlußwort auf die Verhältnisse in Lübau. Es ist kennzeichnend für die Stellung der SPD gegenüber den Arbeiterklassen.

Protokoll.
Herrn Schulz, am 13. November 1929.

Unterschiedete behauptet, daß der Artikel über das Arbeitsamt in der Rote Post Nr. 2 auf Wahrheit beruht. Wierdinge bekam ich für die Arbeit nach Krabbe nicht 30, sondern nur 20 Pfennig.

Der Vorfall von Anfang bis Ende spielte sich folgendermaßen ab:

„Ich kam aufs Arbeitsamt, dort hielt es, daß in Krabbe eine Stelle als Hausmädchen (in der Küche) frei sei. Krabbe liegt eine Viertelstunde von Lübau entfernt. Ich fragte den Weg wie ich nicht, ob man nicht mit der Bahn fahren könnte. Ich bekam 20 Pf für die Fahrt. Die Fahrt selbst sollte, glaube ich, 40 Pf hin und zurück. Ich fragte an der betreffenden Station aus und fragte einen Herrn, wie weit es nach Krabbe zu laufen sei. Er gab mir zur Antwort: „Eine halbe Stunde“. Eine halbe Stunde war ich bereits gefahren. Daraufhin trat ich den Rücken an, da ich ausbleiben darum gebeten hatte, nicht in einen zu entfernten Ort in Stellung vermittelt zu werden.“

„Ich meldete mich beim Arbeitsamt, und da wurde mir die folgende Antwort erteilt: „Das haben wir vorher gemacht, doch es ist nicht da.“

„Während mir nämlich vorher gesagt worden war, ich könne in die Küche, stellte sich heraus, daß der Herr Schulz hat, keinen Schmeiser beschäftigt und keine Wirtschaftlerin, wie wir vom Arbeitsamt gesagt wurde.“

„Deshalb bin ich nicht erst hingefahren, weil ich nur Geld verdienen hätte verrichten müssen.“

„Wenn ich nach Krabbe hätte und fragte, ob es nicht zu weit sei, bekam ich von dem Herrn Herrmann die Antwort: „Wenn Sie keinen Praktikanten brauchen haben, werde ich mal rauskommen.“

„Deshalb sagte ich, als ich wiederkam: Sie wären im Leben nicht herein gekommen, Sie Schmeisler. Sie haben mich arbeitslos gemacht, es ist nicht da.“

„Wie ich fragte, was nun werden sollte, da ich kein Geld mehr hätte, erwiderte er, es seien doch genügend Stellen in Lübau. „Dort können Sie arbeiten, 2 Markt können Sie sich auf diese Stelle schon verdienen, die gebe ich auch.“

„Ich war selbstverständlich darüber entsetzt, trotzdem sagte er mir, nach 5 und dann 10 Markt anzuhören.“

„Über“, sagte er, „10 Markt gibt es schon etwas Besseres.“

„Wo soll ich nun arbeiten?“, fragte ich. „Schlafen Sie in der Herberge“, gab er zur Antwort.

„Ich habe eine unabhängige Stelle?“, fragte ich. „Wohin bekommt man die Stellen?“, fragte ich. „Dann müssen Sie eben nach Lübau fahren. Die Stellen stehen dort übereinander“, meinte ich zu hören bekommen.“

„Im Zusammenhang damit, daß er herausgefunden wollte nach Krabbe, machte er auch die bemerkenswerte Bemerkung, daß er keine Frau habe und zu jeder Sonntag kämde.“

„Schließlich habe ich auf eine Vermittlung in der Nähe Lübaus verzichtet, da ich keine Lust hatte mich ein zweitesmal in einer betrieblagen freien, lächerlichen Weise herablassen zu lassen.“

„Das ist die laute Wahrheit! Sie sprich Hände von der Schmach dieser Sozialfaschisten. Sie laßt nicht als laute Kritik und theoretische Erörterungen. Sie erhebt auch laute, laute Klagen gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihre sozialdemokratischen Parteien! Sie macht auch, Erwerbslose, um Kampf für unser Recht und zur Wahl der kommunistischen Partei, die auch allein vertritt.“

Invalidentrentner!

Wo sitzen eure Interessenvertreter?

Erneut soll ich am 17. November für die Bürgerlichen und für die Sozialdemokratische Partei als Stimmzettel persönlich werden. Mit starker Verunsicherung verfuhr man die Arbeitslosen über den künftigen Bestand, der an ihnen verhängt wurde zu werden.

Schon oft hatten wir die Gelegenheit, das gleiche Spiel mit den Herrschaften der Armen aufzuführen. Aber am besten erweisen sie in ihrer ganzen Erblichkeit, wenn furs ihre Stellung aufgegeben wird, die sie in den letzten Sitzungen des Bezirksausschusses des Bezirksverbandes Dresden einnahmen haben.

Die Invalidentrentner hatten an den Reichspräsidenten den Antrag gestellt, die Rentenerhöhung nicht auf die Unterhaltungsstufe in Anrechnung zu bringen, aber ausdrücklich die „finanzen“ Sozialdemokraten lehnten den Antrag ab. In der Volkswirtschaft steht wörtlich:

„Weider waren auch die sozialdemokratischen Vertreter nicht in der Lage, dem Antrag der Arbeitslosen die Rechnung zu tragen, ihre Renten, insbesondere die Bürgermeister, Wallrath und Thomas, insbesondere, welche schwerer finanziellen Schwierigkeiten die Ausnahme des Antrages inmitten des Staatshaushalts müßte.“

Obwohl sie sich in der Volkszeitung vom 21. Januar 1929 als „die alleinige Hoffnung der Vermittelten“ bezeichneten, haben sie in dieser Sitzung bewiesen, daß sie für die Forderungen der Arbeitslosen auch nicht einen Wimpernschlag übrig haben. Doch dieser Beschluß bei den Invalidentrentnern eine andere Empörung auslöste, ist eine Selbstverständlichkeit. Um aber bei den Wahlen diese Kräfte trotzdem für die sozialdemokratischen Wähler an die Wahlurne zu schleppen, machten sie folgenden Vorschlag:

„In der nächsten Sitzung des Bezirksausschusses sollten die „finanzen“ Sozialdemokraten, die erst furs zuvor alle Forderungen der Invalidentrentner hatten, einen Antrag auf eine sofortige Erhöhung der Fürsorgebedarfsstufe. Sie warden das Mandat übernehmen, weil sie genau wissen, daß bei den Wahlen ihnen die Rede fortgeschrieben werden. Es war auch eine Sozialisten, einen fertigen Antrag zu stellen, nachdem man sich vorab vergewissert hatte, daß die Bürgerlichen dagegen stimmen

würden und der Antrag durch Stimmzettel abgelehnt werden müßte. So steht das ganze Schicksal dieser Partei aus.“

Nach dem Schicksal aber hat die Auswirkungen in der Stadt Dresden. Hier lebten die „finanzen“ Temagogen auf allen Flughäusern an den „finanzen“ Erlösen auf dem Gebiete des Wohlstands, und Fürsorgewerks.

Geht anders nicht es in der Praxis aus.
Die Vorarbeiten des sozialfaschistischen Bürgermeisters Dr. Zöbber: machen auch bei den Fürsorgeempfängern nicht halt. In hunderten von Fällen kann der Name für diese brutalen Maßnahmen nicht erbracht werden.

Folgendes Beispiel als Beweis:
Am 10. 10. 1929 erhielt der Invalidentrentner Ernst Sommerfeld, Dresden-K., am Ges. 52. 1. durch die Bundesversicherungsanstalt Dresden die Bescheid, daß seine Invalidenrente ab 1. 10. 1929 sich um 4,50 Markt monatlich erhöht.

Die Sozialrente, die ihm zu seiner früheren Invalidenrente gezahlt wurde, betrug monatlich 47 Markt. Sofort nach Erteilung der Invalidenrente wird durch folgenden Beschluß die Sozialrente von 47 Markt auf 42,50 herabgesetzt.

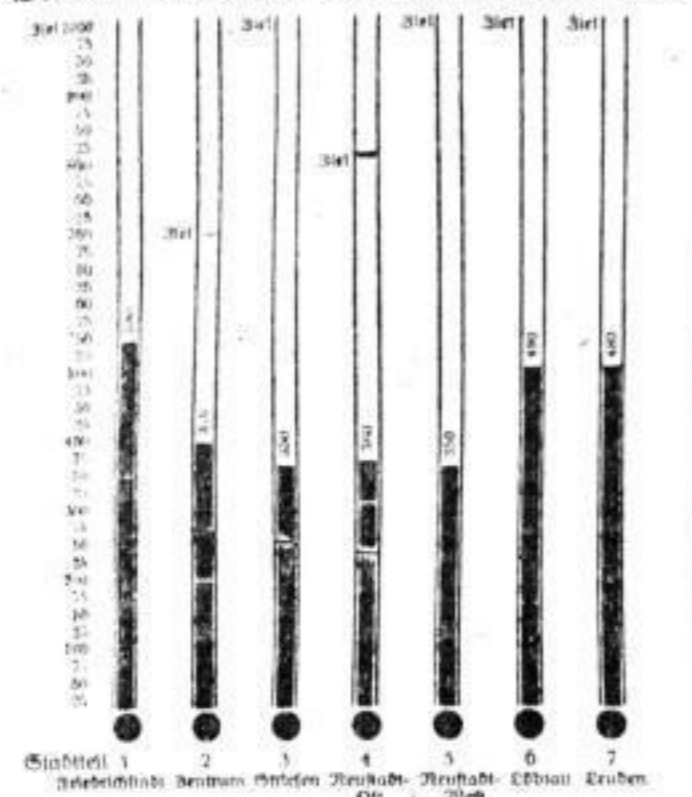
„Herrn Georg Sommerfeld, hier.“
Infolge Erhöhung Ihrer Rentenbezüge wurde Ihre laufende Unterhaltung ab 1. November d. J. auf 42,50 Markt herabgesetzt werden.
Dresden, den 7. 11. 1929.
Der Rat zu Dresden, Fürsorgeamt,
Kreisliche Gewerkschaft,
ges.: H. Jäger.“

Das ist die Praxis der bürgerlich-sozialdemokratischen Fürsorgepolitik. Deswegen, Invalidentrentner die roten Frontparteien, die vor allen Wahlen um die Stimmen der Herrschaften kämpfen, läßt auch nicht einen Augenblick für diese Parteien gewinnen. Wörtlich am 17. November schloß sich mit der einzigen Partei, die die Interessen der Interessen der Invalidentrentner vertreten hat, die Rote Hilfe. Es ist nicht nur die Rote Hilfe, sondern die Rote Hilfe für die Vermittelten der Armen kämpft.

Wählt die Rote der kommunistischen Partei!

Treibt das Thermometer hoch!

Das bisherige Ergebnis der Sammlung der Dresdner Stadteile für den Wahlfonds der KPD



Vertärkt die Arbeit, schafft Munition!

Auf den Wahlfonds der KPD sammelten weiter: Omslew 25 M., Perleberg 20 M., Geymannsdorf 15 M., Töbna 2. Rate 25 M., Reichmann 2. Rate 50 M. Was bei planmäßiger Arbeit zu erreichen ist, beweisen in diesem Wahlkampf am besten die eigenen Ergebnisse. Beispielsweise sammelte die kleine Ortsgruppe Reichmann bei einer Einwohnerzahl von rund 7500 bis jetzt 150 M. Töbna mit rund 5000 Einwohnern brachte es bis jetzt auf 120 M. Damit hat Reichmann das ihm gestellte Ziel erreicht, und Töbna hat es sogar überschritten. Auch der letzte Tag des Wahlkampfes muß noch für die Sammlung ausgenutzt werden.

Achtung, Kranke und Invaliden!

Krankheit und körperliche Gebrechen entschuldigen nicht vom Fernbleiben der Stadterordnetenwahl. Wer nicht allein gehen kann, teile dies sofort der Redaktion der Arbeiterstimme mit, damit er am Sonntag durch die Arbeiterinmänner abgeholt werden kann.

Arbeiterstimme Dresden, Güterbahnhofstr. 2.

Krankenhaus- u. -küchenmädchen dürfen nicht Besuch empfangen

Wir brachten in Nr. 262 der Arbeiterstimme vom 11. November den Bericht über einen Raubüberfall in der Neuhäufiger Straße. Der Täter konnte nach in der Nacht des Heberfalls verhaftet werden. Er war der Freund eines Hausmädchens des Stadtfrankenhaus Dresden Johannstadt. Diese Tatsache allein genügt dem Stadtrat Dr. Tempel, einen Erlaß herauszugeben, der in der dringlichsten Weise in die Rechte der Krankenhausangestellten eingreift. Er lautet:

Bekanntmachung

Jeder männliche Besuch von Haus- und Küchenmädchen in den Wohn- und Schlafräumen oder in den dazugehörigen Korridoren der unterzeichneten Anstalt wird hiermit untersagt. Zuwiderhandlungen können der Besucher werden als Hausfriedensbruch verfolgt; die beteiligten Haus- und Küchenmädchen haben sofortige Entlassung zu genügen.

Dresden, am 8. November 1929.
Verwaltung des Stadtfrankenhaus Dresden - Johannstadt.
Dr. Tempel, Stadtrat.

Wie sie lügen!

Gesteigerte Geldausgaben für die Bürokratie

Die SPD prokt mit den unter ihrem Einfluß (?) — angeblich) steigenden Ausgaben für die Sozialpolitik. Sie versucht das mit Zahlen zu beweisen. Wir konnten bereits nachweisen, wie es sich mit diesen Zahlen verhält, und daß trotz steigender Zahlen die Zuschußkoeffizienten, d. h. wirkliche Unterstützung, für die Vermitteln der Armen gesenkt worden sind.

Um die Demagogie der SPD aber richtig zu beleuchten, wollen wir im nachfolgenden eine Aufstellung über die Ausgaben auf anderen Gebieten bringen, die die SPD gern unerwähnt läßt, weil sie und ihr Finanzdezernent die volle Verantwortung dafür tragen. Geringfügig sind der Zuschuß für die allgemeine Verwaltung, d. h. der Rat und die personellen

Ausgaben für die höhere Beamtenbürokratie.

als da sind: Oberbürgermeister Böhler mit 30 000 M. Jahresgehalt und der Sozialdemokrat Böhler mit 24 000 M. Jahresgehalt nebst je 3000 M. Aufwandsentschädigung.	von 1927 = 6 878 705,— M.
jetzt Böhler tätig ist	auf 1928 = 7 830 181,— "
	und 1929 = 9 220 117,— "
d. h. eine Steigerung um 2 341 412,— M., also um rund 33 Prozent.	
Für die Polizeiverwaltung	von 1927 = 4 680 122,— M.
jetzt Böhler tätig ist	auf 1928 = 5 141 352,— "
	und 1929 = 6 490 041,— "
d. h. eine Steigerung um 1 809 919,— M., das sind rund 40 Prozent.	

Bei den sozialen Positionen für die Unterstützung der notleidenden werktätigen Massen Prostitution, bei der hohen

Wer sorgt für Mutter und Kind?

Von Fritz Gansauge

Mit der Frage, wie es für Mutter und Kind geht, geht die Sozialdemokratie jetzt unter der Überschrift auf den Kampf aus. Wie steht aber ihre Hilfe für Mutter und Kind in Wirklichkeit? Nur Pflichten legt sie auf die Wunden der großen Verelendung, die zu frühzeitigem Tod von Arbeitereltern und deren Kindern führen. Heute ist fast jede Arbeitermutter gezwungen, am Lebensunterhalt mit zu verdienen und kann sich darum nur in geringem Maße um ihre Kinder kümmern, und diese sind von früherer Jugend auf sich selbst angewiesen. Die Sozialdemokratie, die in allen Organisationen wie Gewerkschaften, Krankenkassen, Hilfsstellen usw. leitende Stellen innehat, hat es noch nicht durchsetzen können, daß werdende Mütter, schwangere Arbeiterinnen bei fortwahrendem Lohn sechs Wochen vor oder während der Arbeit erlöst werden. Als einziger Fortschritt ist zu verzeichnen, daß schwangere Arbeiterinnen nicht entlassen werden dürfen. Aber auch hier findet der Unternehmer immer einen Grund, um die Zustimmung zur Entlassung zu erhalten. Angeschlossene Heime für Kinder an die Betriebe, wie sie in Schweden und in den Niederlanden sind, besäßen wir nicht. Die in Deutschland geschlossenen Heime, wo täglich der arbeitenden Mutter nach der Entbindung je zweimal eine halbe Stunde Stillpause zu gewährt ist, sind ein Pöbel und stehen nur auf dem Papier.

Welche Arbeiterin kann davon Gebrauch machen?

Steht doch der größte Teil im Alfordlohn oder hat einen derart niedrigen Stundenlohn, daß nicht eine Minute geopfert werden kann, denn die Stillpausen bedeuten Lohnföhrung. Einen großen Wert legen die Sozialdemokraten auf Mütterberatungen, die jetzt bestehen. Diese Stellen sind aber wirklich nur Beratungsstellen. Was nützt ein noch so guter Rat, wenn er aus finanziellen Gründen nicht ausgeführt werden kann? Hier heißt es mit wirklichen Mitteln Rat und Tat schaffen für das Gelingen der Kinder.

Wie steht es nun mit den Kinderheimen aus, die in den Flugblättern der SPD so gepriesen werden?

Das zeigt sich am besten in den Vorkriegsberichten. In Reichs-Reich 3. R. die häßliche Steidung der Kinderreichen vor-

handen ist, besteht bis heute noch kein häßliches Kinderheim. Wohl wurde in letzter Zeit eine neue Schule geöffnet, wo ein Kindergarten nach Montessori-Mutter angegliedert ist, in dem gerade heute und heute 25 Kinder unterkunft finden können. Wenn das die Arbeit der Sozialdemokratie für Mutter und Kind ist, dann erkennt man deutlich, daß sie kein Interesse hat an der Not der Proletarierkinder. Diese Kinder benötigen schon lange ein Heim, und zwar für Säuglinge, Kleinkinder und schulpflichtige Kinder, damit die kinderreichen Mütter ihrer Heimarbeit oder sonstigen Erwerbsarbeit ohne Sorgen nachgehen können.

So steht nun die Sorge um Mutter und Kind seitens der Sozialdemokratie aus. Einzig und allein haben nur die Kommunisten die Not der Proletarier verstanden und auch dementsprechende Anträge gestellt in den Parlamenten. So stellten sie zum Schutze für Mutter und Kind den Antrag:

Jedes Neugeborene erhält von der Stadt eine vollständige Ausstattung samt Kinderkorb und Kinderwäsche unter der Voraussetzung, daß das Einkommen von Vater und Mutter 3200 Mark im Jahre nicht übersteigt.

Weiter wurden Anträge für Kinderheime und Kinderhotels gestellt, ebenso für Beschaffung von Milch an Kinder der Erwerbslosen und Kinderdemitteln. Teils wurden diese Anträge mit Hilfe der SPD abgelehnt, teils in verwaschener Form zur Annahme empfohlen. Wer für durchgehenden Schutz für Mutter und Kind ist, kann nur mit den Kommunisten die Forderungen erkämpfen für

Wochenheime für Mutter und Kind, Kinderpflegheime, Kindergärten, Betreuung von der Arbeit zwei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft bei Fortzahlung des Lohnes, Stillpausen ohne Lohnföhrung.

Wenn sich das Proletariat das erkämpft hat, dann kann es sich einer guten Nachwehns sein. Darum, Arbeiterfrauen, kämpft mit den Kommunisten!

Wählt am Sonntag die Liste der Kommunisten!
Ard.-Korr. 1782

Straße frei, Reichswehr kommt!

Am Auto kam der Reisende R. von Köhlich die Staatsstraße nach Dresden gelassen, um am letzten Sonntag um 11 Uhr in der Reichswehr in Dresden zu sein. Beim letzten Trompetenschall trifft er auf eine Maschinen-gesellschaftsgesellschaft des 10. Infanterieregiments. Diese hat vom Heiler kommend, auf die Staatsstraße ein Vier-Räder der Reichswehr waren bereits auf der Straße die verbleibenden elf hielten auf dem Feld. Durch die dadurch entstandene Verwirrung R. hindurch und streifte dabei mit dem Köhlich des Autos das unruhige Pferd eines Unteroffiziers am Hinterbein. Es kam darauf zu einer Auseinandersetzung zwischen ihm und dem die Kompanie führenden Hauptmann. Später erhielt R. einen Strafbefehl über 60 Mark. Danach soll er sich gegen vier bis

fünf Paragraphen der Verkehrsordnung vergangen haben. Hiergegen legt er Einspruch beim Amtsgericht ein. Zur Verhandlung vor dem Einzelrichter im ersten Saal am Mittwoch, 14. Okt. ein Hauptmann, zwei Oberleutnants, ein Feldwebel und ein Unteroffizier geladen. Sporenföhrung, mit dem altertümlichen Schweiß der sogenannten „berittlichen“ Zeit, das jedem Teutichen das Herz im Weide kappt, betreten sie den Saal. R. verteidigt sich nun dahingehend, daß er von dem Unteroffizier das Signal zum Durchfahren der Kompanie erhalten habe, da derselbe durch Handaufheben den noch auf dem Felde befindlichen elf Wagen des Infanterieregiments und erkärt weiter, sofort nach dem Streifen des Weides gehalten zu haben. Der Hauptmann sei hierauf mit dem Auto durchgegangen, habe die Tür aufgerissen und ihn mit den Worten: „Sind Sie verrückt geworden?“ angebrüllt und wolle ihn festnehmen lassen. (!!) Sodann habe er auch den Auswachen der fünf Jungen gegenüber, denn er meint, deren Auswachen seien vorher sehr laut. Deswegen wird er vom Vorstehenden juristisch gemeldet. Er bleibt aber dabei, denn ihm selbst sei es im Jahre 1917 auch so ergangen, er müßte damals auf Befehl seines Heeres noch lebenden Vorgesetzten eine halbe Auslage machen, die ihm heute noch das Gewissen abdrückt. Die Frauen beschuldigen ihn ihrer Vernehmung hierauf die im Strafbefehl aufgeführten Übertretungen. Da aber die Interessen eines am kein Auskommen ringenden Jünglings denen der bewaffneten Macht nicht gleichgültig sein dürften, wurde der Strafbefehl befähigt. Aber in Rücksicht auf die betragliche schwere wirtschaftliche Katastrophe des Angeklagten (er ist jetzt erwerbslos und wird von der Hilfskasse unterstützt) auf 40 Reichsmark „ermäßigt“.

Und die Moral von der Geschichte? Straße frei, wenn Reichswehr kommt!
Ard.-Korr. 1792

Vollzeiprobation im Dienst des Reichsbanners

Am Freitagabend veranstaltete das Reichsbanner eine Kundgebung, wobei es auch am Sternplatz nordwärtsgerichtete. Einige Kameraden der Arbeiterwehr trafen.

„Wir wählen Pöbe 4!“

Ein in der Nähe lebender Vollzeipolizist dürfte dies und die sofort zum Vortritt der Schulkolonne, die in zwei Großkompanien den Zug bestreift, damit den sozialistischen Jünglingen je möglich passieren soll. Die Pöbe kürzten dann einige Schuppen des Vollzeipolizisten 11150 auf zwei jugendliche Arbeiter und hielten dies fest. Der Vollzeipolizist erhielt nachher von den Arbeitern für seinen Diebstahl eine gehörige Tracht Prügel. So muß es allen gemacht werden. Arbeiter, legt auch gut Wehr gegen dieses Schicksalsgeföhr!

Dresdner Polizeioberleutnant wegen unflätigen Handlungen verhaftet

Ein Polizeioberleutnant aus Jmslau wurde verhaftet unter der Beschuldigung, daß er einem jungen Arbeitermädchen flüchtig vergangen zu haben während der Zeit, als er in Dresden als Vollzeipolizist seinen Dienst verrichtete. Der Polizeibericht, der laut über jede Kleinigkeit zu berichten weiß, schweigt in diesem Fall. Die Öffentlichkeit aber hat das Recht zu verlangen, daß sofort das Reklamat der Untersuchung und der Name dieses „Hüters der Ordnung“ bekanntgegeben wird.

Wegen Raummachers und Ruppelst strarrecht

Für den gemeinsamen Schöffenort in Dresden wurde auf der Wollstraße wohnhafte Grundbesitzerin wurde beschuldigt wegen Raummachers in 780 Mark Geldstrafe und die Handlatscheln Ruffinist wegen Ruppelst in 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

„Revolte im Erziehungshaus“ morgen Sonnabend, 20 Uhr, im Kurhaus Klotzsche

Eintrittspreise:
Vorverkauf 80 Pf., Kasse 1 M., Erwerbslose Kasse 50 Pf.
Beginn 20 Uhr. — Einlaß 19 Uhr.

Demonstration für Liste 4

Stadtteile I und II und Arbeiterwehr stellen sich am Freitag, 15. November 1929 18 Uhr auf dem Freibauer Platz zum Werbeumzug für Liste 4: Kommunisten

Stimmen aus den Betrieben

Ein SPD-Betriebsrat erklärt:

„Wenn du mit mir gehst, vertrete ich dich“

Brand-Erbisdorf. Wie ein Arbeiter, Vertreter der SPD keine Funktion ausübt, wie ein der Betriebsratsvorsitzende der Betriebsrat, Vorgesetzter. Aus Versehen war dieser gute Mann auch einmal Kommunist. Als er aber sah, daß in der Kommunistischen Partei keine seine Interessen zu vertreten waren, und die Herren um Tempel herum ihm versagten, daß es also Kommunisten nie die Gewerkschaften im Fabrikarbeiterverband belegen konnte, rückte er mit seinem Mandat zur SPD zurück. Wie dieser Arbeiterführer nun praktisch die Interessen der Arbeiter und des Betriebs vertritt, wollen wir an einigen Beispielen zeigen. Bekanntlich hat die Betriebsrat auf Kosten der Stadt Stelle gemacht. Es ist verständlich, daß die Arbeiter auch ihren rückständigen Lohn verlangen. Tritt da nun die Arbeiterin zu an den guten Mann heran und verlangt, daß das Geld einbezahlt wird. Was antwortete ihr aber dieser saubere Herr?

„Wenn du mit mir mal nach Freiberg gehst, werde ich dafür sorgen, daß du dein Geld bekommst.“

Also Arbeiterin, wenn du deinen Körper diesem Lump zur Verfügung stellst, dann wirst du auch geholfen bekommen. Da keine Person überhaupt aber bei den Arbeitern keine Verantwortung überträgt er es nun anderen, um nun folgen zu lassen:

Eine andere Kollegin will auch ihren Lohn einfordern und will die Klage ihm übergeben. Aber da kam sie schon an. Mit her Probung:

„Wenn du es magst, dein Geld allein einzufordern, dann werde ich dafür sorgen, daß du nicht mehr in den Betrieb kommst.“

Ruh wissen wir, wer die Interessen der Kapitalisten vertritt. Dazu kann man nur SPD-Mitglieder gebrauchen, die um dem Betriebsrat zu dienen, in jeder Tat bereit sind. Versteht, das ist das wahre Gesicht dieser Arbeiter. Wenn haben sie auch schon einmal energisch vertreten, aber man haben sie schon einmal verfehlt, den Kapitalismus zu bekämpfen? Koch nie. Vielmehr haben sie jede Gelegenheit benutzt, um deren Kampfbanner zu brechen. Jeder Streik wird abgewehrt, jede Forderung wird unmöglich gemacht mit den Worten:

„Kollegen, es ist kein Geld da.“

Zum Teufel mit diesem System. Hier muß ausgetrieben werden. Und das tut nur die

Kommunistische Partei!
Trotzdem erste Stimme der Mücke! Arb.-Korr. 1795

Rechte Sachen von der Brauerei Selsenteller in Pirna

Als kleiner Funktionär scheint sich hier Direktor Seebardt zu fühlen. Seine „vorzügliche“ Handlungsweise gegenüber den Arbeitern und Beamten ist kaum zu glauben. Nicht nur durch rückständigen Löhnen, nein, auch auf andere Weise bringt er es fertig, sich in „Erinnerung“ zu halten.

Er kürzte ein Beamten als Dank für 21jährige treue Mitarbeit im Interesse des Betriebes 25 Mark von seinem Monatsgehalt. Autoritäten wurden eine Gehaltsstufe tiefer gesetzt. Ein Beamter, der 36 Jahre im Betrieb tätig ist, wurde fröhlich entlassen. Angeblich wegen der B. Hoffentlich läßt es sich dieser Beamte nicht bieten. Einen Schuldigen muß man ja finden, obwohl in einer Betriebsversammlung von der Betriebsrat einstimmig festgestellt wurde, daß die Schuld den Direktor selbst trifft infolge seiner Miswirtschaft. Vor einiger Zeit kam zur Beschäftigung des Betriebes der Hund der Leinwäcker. Da ging es das hat selbst 6-8 Mark für die Leinwäcker bezahlt, es das von einem extra dazu gepumpten Oberflächler leinwäcker edle Koh gezeichnet zu machen. Dabei die große Sparlichkeit auf Kosten der Beamten. Etliche Tage später be-

stimmte die Volkshochschule den Betrieb. Dieser Erfahrung war man allerdings nicht so hoch gefasst. Nach Ausfragen des Direktors sollten diese Leute die B... kaufen.

Einen tüchtigen treuen Mitarbeiter findet der Direktor in dem sozialdemokratischen Betriebsratsobmann Püschel. Dieser wurde an Stelle des entlassenen Beamten zum Danke dafür zum einseitigen Bauarbeiter ernannt. Welch sinniges Band muß diese beiden Herren verbinden! Ausgerechnet den Herrn Betriebsratsobmann, der die Interessen der Arbeiter vertritt! Die Arbeiterkassen des Betriebes hat ihn in der besonders einberufenen Betriebsversammlung kennengelernt. Selb er doch in dieser Versammlung die Arbeit zu erklären:

„Die Sache geht die Frauen nichts an, das ist Sache der Männer!“

Welch großer Geist und Kenner des Betriebsratsgesetzes!

Reamte, Arbeiterinnen und Arbeiter, lehnt die Einstellung dieser SPD-Funktionär in Zukunft politische Vertreter, damit es euch nicht auch so geht wie diesem Jubiläumsbeamten. Wählt am 17. November die Mücke der Kommunisten!

Arbeiterkorrespondenz, 1795

Arbeiterhölle Carborundumwerk in Reid

Unser wieder müssen wir uns mit diesem „Mutterbetrieb“ befassen. Kein Tag vergeht an dem nicht ein Arbeiter entweder durch Gasvergiftung oder durch Misshandlung durch den Schuldigen der Betriebsrat. Am liebsten würde dieser Herr die Arbeiter mit der Kante antreiben, um ja recht viel Profit aus deren Knochen herauszuquetschen. Die Arbeiter wurden zum Teil bis zu 50 Prozent abgebaut. Arbeiter, die in dieser Hölle frant werden, können sich nicht auf die Straße. Warum kommen die vielen Gasvergiftungen vor? Arbeiter waten zwei Mann am Generalat beschäftigt, ist mit noch einer. Dadurch ist jede Kontrolle unmöglich. Ein Arbeiter, der bei dieser Arbeit durch Gasvergiftung was verliert wird, dem läßt sein Leben ausgehandelt haben, bis endlich jemand aufmerksam wird. Obwohl der Betriebsrat Kenntnis von diesen Zuständen hat, wird von ihm nichts unternommen. Kein Wunder, denn dieser Betriebsrat ist in keiner Beziehung aus Reich-Dummeschen und schändlichen Elementen zusammen, die hier ein glänzendes Beispiel geben, wie die Arbeiter die Interessen der Unternehmern vertreten. Die Arbeiterkassen muß ich auch hier bekämpfen und ich der revolutionären Gewerkschafts-

opposition antizipieren, und bei der nächsten Betriebsratwahl rote, revolutionäre Betriebsräte wählen, die ausschließlich ihre Interessen vertreten.

Knochenmühle Malzfabrik König, Dresden

„Wenn der Hund doch gleich freiziert wäre!“

„Herrliche“ hässliche Zustände herrschen im Betrieb der Malzfabrik König in Dresden-Neustadt. Garberbe, Wolkstanz und Spielplatz ist eins. Dabei ist in diesem Raum von Reinlichkeit gar nicht zu reden. Für 65 Mann sind keine Wälder vorhanden, doch kommt es häufig vor, daß das Wasser dort steht. Zwei Arbeiter sehen einen Schrank, die Mücke wird jedoch keinen.

Vorige Woche verunglückte ein Arbeiter in der Nachschicht, seine Frau entschuldigte ihn am anderen Tage. Der Malzmeister, ein sehr „hummer“ Mann, brüllte:

„Wenn der Hund doch gleich freiziert wäre!“

Da die Malzereien als Lebensmittelbetriebe gelten, ist Sonntagarbeit geblieben. Am Gewerkschaftstag darf aber nur das Durchschneiden von Hauten vorgenommen werden. In der Malzfabrik aber werden noch andere Arbeiten verrichtet, so das Durchschneiden und -Werkelarbeiten, sowie das Gersten-Raus- und Einweichen und das Gersten-Ziehen. Obwohl die Kollegen alle organisiert sind, wird von ihnen der Organisation nichts unternommen, um diesen Zuständen abzuhelfen. Es ist darum Mühe, daß dies die Arbeiter selbst tun. Sie müssen gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die Ausbeutergewalt führen. Arbeiterkorrespondenz, 1795

Stahlhelm ist Trumpf

Am 11. November wurde ich durch das Arbeitsamt in der Speditionfirma Müller u. Schmidt vernommen. Bei dieser Firma war ich schon des öfteren als Ausschussarbeiter tätig. Wiederholt wurde mir versprochen, daß ich dort keine Arbeit erhalten würde, was ich nun diesmal mit der Karte und Arbeitsamt kam, traf ich zufällig den Chef Herrn Schmidt, und erwiderte ihm an der Besprechung. Der erklärte mir jedoch das Gegenteil, er wolle mich im übrigen sehr gerne mit Beschäftigung in guter Arbeitskraft auf meine Antwort, daß dies mit egal sei, da ich meine Arbeit verrichte und das Arbeitsverhältnis nicht nichts gebe, bekam ich die Karte zurück und wurde nicht beschäftigt. Doch nun sagte ich wirklich die gute Arbeitskraft vom Arbeitsamt und Firma. Als ich wieder zum Arbeitsamt kam, wurde mir mitgeteilt, daß mit der Unterstützung auf vier Wochen gekündigt ist. Aber nicht etwa wegen Arbeitsverweigerung, denn eine solche lag ja nicht vor, sondern wegen Differenzen, wodurch die Firma geschädigt worden wäre. Eine sehr lobenswerte Begründung, aber sie genügt dem Arbeitsamt, um dem Unternehmer die Unterstützung zu rauben. An meiner Stelle würde ein abgebauter Schuppenmann eingestellt. Selbstverständlich ist in diesem Betrieb Stahlhelm Trumpf! Aber diesen Fall wird die SPD als ganz in Ordnung befriedlich bezeichnen. Arb.-Korr. 1795

„Moskau spaltet“

Die Antwort auf den Aufruf des Reichskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition zur Entsendung von Delegierten zum Reichstongreß der Gewerkschaftsopposition ist ein neues Zeichen über die Spaltungswünsche der Kommunisten. Der WIGB macht es sich leicht. Auf jeden Schritt der Opposition hat er mit die alte Überwindung „Spaltung“!

Die Opposition denkt nicht an Spaltung und Neugründung. Was sie durch den Kongreß erreichen will, ist genau das Gegenteil von Spaltung.

Zweck des Reichstongreffes ist, Maßnahmen zu beraten und zu beschließen, die der Errichtung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft dienen. Diese Einheitsfront wird von Gewerkschaftsopposition gegenübergestellt, die zu Ausschüssen der aktiven Mitglieder und zur Abhaltung oppositioneller geleiteter Jobstellen, Frankens und Gruppen greifen, um sich im Sozialen zu halten.

Auf den Verbandstagen, über deren Tagesordnung die Reformisten bestimmen, wird nicht mehr ernsthaft über die Organisation des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen gesprochen. Die kapitalistische Rationalisierung, die Verdrängung breiter Massen in die Straße hat, wird in der oberflächlichsten Art behandelt. Die Stimme der Arbeiter auf den Verbandstagen und auf den Kongressen des WIGB wird erstickt. Die Verbandstagen haben das letzte Wort.

Auf dem Reichstongreß der Gewerkschaftsopposition wird es ganz anders sein. Die Tribüne gehört hier den gewählten Vertretern der Betriebsbelegschaften, die Berichte erhalten werden über ihre Erfahrungen. Die Beschlüsse werden von den unmittelbaren Vertretern der Arbeiter gefaßt. Die Reichstongreß dienen nicht der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im kapitalistischen System. Sie weisen den Weg aus dem Wasserland.

Deshalb kann es für Arbeiter nur die Parole geben:
Kuh wie wählten unseren Delegierten zum Reichstongreß!
Trotz des Scheiterns der Reformisten, trotz ihrer Drohungen beteiligt euch am Reichstongreß!

1,09 Mark + 20 Prozent = 1,27 Mark!

Die Rechenart der Rechner

Vor einiger Zeit wurde den Tiefbauarbeitern verkündet, daß ein höherer Lohn zur Auszahlung gelangen wird. Die Kollegen händerten sich Fragen etwa die folgenden die offizielle Forderung auf eine zwischenterritoriale Lohnsteigerung als richtig erkannt? Das konnte man doch nicht glauben!

Die Sache hätte sich so auf:
In dem Lohnzettel für Oktober, den die Bezirksleitung des Freigewerksverbandes mit unterzeichnet hat, ist die falsche Rechnung enthalten. In der Lohnzettel ist ein Lohn von 1,27 Mark eingetragen, für Sonntagsarbeit 1,66 Mark.

Die richtige Rechnung müßte aber so aussehen:
1,04 Mark
+ 20 Prozent 0,21 „
+ Zuschlagszulage 0,05 „
1,30 Mark
Für Sonntags- und Nachtarbeit ergibt sich
Lohn 1,04 Mark
+ 80 Prozent 0,82 „
+ Zuschlagszulage 0,05 „
1,91 Mark

Bei ihren obigen fälschlichen Rechnungen sind die Tiefbauarbeiter noch um 3 Pfennig betrogen worden. Sind dazu die Gewerkschaftsangehörigen da, daß sie auf solche Weise die Arbeiter beschützen?

Die betroffenen Kollegen müssen die sofortige Rückzahlung des ihnen damit entgangenen Verdienstes fordern. Darüber hinaus müssen die schuldigen Betriebsräte zur Verantwortung gezogen werden! Auch aus diesem Beispiel können die Kollegen sehen, wie die Reformisten die Arbeiterinteressen „vertreten“. Die Antwort darf ihnen keiner schuldig überlassen. Sie heißt:
Hinein in die Reihen der Opposition!

Wo findet ein Erwerbsloser heute sein Recht?

236 Jahre war der Buchhalter Heimbach in der heiligen Niederlage der Daimler-Benz-Werke als Bürohilfe in Diensthaltung angeheftet. Er wurde entlassen und ging, wie es einem Proleten auf Grund der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung als selbstverständliches zukünftig, Kampeln. Von seinen erwerbslosen Kollegen aufmerksam gemacht, halfte er sich, daß seine Unterhaltung (im Verhältnis zu seinen früheren Dienstleistungen) zu gering ist. Vom Arbeitsamt wurde ihm erklärt, daß er nach dem auf der Arbeitsbeschäftigung stehenden Verdienst den richtigen Unterhaltungslohn erhält. Er ging der Angelegenheit auf den Grund und fand, daß die Firma „verdrängen“ hätte, keine Naturalbezüge, 4. B. freie Wohnung um seinem Gehaltsverdienst zuzurechnen, und deswegen zu wenig Kranken- und Erwerbslosenversicherungsbeträge sowie Steuern bezahlt seien. Da Heimbach dieses „Verleiden“ der Firma nicht als seine Schuld ansah, forderte er die Differenz zwischen der gezahlten und der ordnungsmäßigen Abrechnung zu erhaltenden Erwerbslosenunterstützung vor dem Arbeitsgericht ein, indem er auf Zahlung klagt. Er führt hier aus, daß er durch das Arbeitsamt auf den Gedanken gebracht wurde, an die „heilige Stätte“ des Gerichts zu gehen. Der die Firma vertretende Herr ist hart entsetzt, daß das Arbeitsamt in derartiger Weise Erwerbslose berate. Sich ganz als Chef des Hauses fühlend, erklärt er: „Ich bin Mitglied im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes. Von Herrn Direktor Reichmann, „Mit“ und Herrn Gewerkschaftsleiter Hanel als engem Aussehen, ist ein Kundenschein an die Angehörigen des Arbeitsamtes ergangen worden, wonach es ihnen verboten ist, die Arbeitslosen an das Arbeitsamt zu verweisen.“ Es mußte dem Herrn aber nichts, der Tempelbruder fand doch den Weg zum Arbeitsamt und das „hohe“ Ausschussmitglied machte ihm als Vertreter von Daimler-Benz Rede und Antwort. Als ihn der Arbeitsamtsbeihilfe darauf hinwies, daß es Pflicht der Firma sei, die gefeh-

lenden Beiträge richtig zu verrechnen, erklärt er arrogant, als Landesarbeitsrichter selbst zu wissen, was richtig ist. Da ein Vergleich abgelehnt wurde, lautet der Urteilspruch, die Klage wird abgewiesen. Aus der Begründung war zu entnehmen, daß es nicht Sache des Arbeitsgerichts sei, die Höhe der Erwerbslosenunterstützung festzusetzen. Der Kläger hätte sich bei Empfang der Arbeitsbeschäftigung sofort von der richtigen Einkommens-Berücksichtigung überzeugen müssen, daß er dies nicht getan habe, sei seine Schuld.

Rein Arbeitsamt kein Recht, beim Arbeitsamt kein Recht, wo findet ein Erwerbsloser in Deutschland überhaupt sein Recht?
Arbeiterkorrespondenz, 1795

Rationalisierung, Arbeiterentlassungen oder Schließung des Betriebes

Am 16. November wird der Betrieb Spatmühle Mittelsdorf (Tappenzell) in Frage gestellt. Circa 80 Arbeiter werden entlassen mit der „verpflichtenden“ Forderung, falls der Betrieb wieder eröffnet wird, werdt eingestellt zu werden. Das übliche Manöver der Unternehmer, um einerseits ihre Betriebe von revolutionären Arbeitern zu reinigen, andererseits um durch die Einführung verdrängter Rationalisierungsmaßnahmen, Beschäftigungen usw. ihre Profite zu steigern. Aber immer hat ein Teil der Arbeiter dies nicht erkannt und glaubt durch Kämpfen vor den Unternehmern sich „sichernde“ Arbeit zu sichern. Doch auch sie wird der Unternehmer aufs Strapsenplaner werfen. Darum mag mit solchen Methoden. Nicht auch ein in die Front des Klassenbewußten Proletariats, schließt auch der revolutionären Gewerkschaftsopposition an, wählt Delegierte zum Reichstongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition nach Berlin.
Arbeiterkorrespondenz, 1795

Wählt Delegierte zum Reichstongreß der Gewerkschaftsopposition! 30. Nov. in Berlin

Arbeiterport

Die Brandleristen als Kronzeugen der reformistischen Spalter

H. W. Heberich war die Festschrift des Arbeiterportals die Hauptrolle der revolutionären Arbeiterpartei aus dem Bund in Angriff nehmen, um die Bewegung der Arbeiterpartei zu einem Ganzen zu machen, um die Bewegung der Arbeiterpartei zu einem Ganzen zu machen, um die Bewegung der Arbeiterpartei zu einem Ganzen zu machen...

Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen... Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen... Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen...

Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen... Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen...

mit russischen Arbeitern... mit russischen Arbeitern... mit russischen Arbeitern...

Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen... Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen...

Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen... Die Partei muss von allen revolutionären Arbeiterportalen...

3ittauer Raftballer bleiben fest trotz Verbot und Sabotage

Das Spiel gegen Oberleitersdorf... Das Spiel gegen Oberleitersdorf... Das Spiel gegen Oberleitersdorf...

Aus Organisationen und Vereinen

- 1. Kreis... 2. Kreis... 3. Kreis...

KPD Bezirk Ostachsen

Adresse: Kurt Siedemann, M. d. L. Sekretariat Dresden-Altestadt, Columbusstraße 9

Heute Stimmzettelpunkte im Sekretariat, Columbusstraße, abholen.

Alle Ortsgruppen und Stadtteile müssen die Stimmzettelpunkte kostenlos abholen.

Alle Ortsgruppen und Stadtteile müssen die Stimmzettelpunkte kostenlos abholen.

Alle Ortsgruppen und Stadtteile müssen die Stimmzettelpunkte kostenlos abholen.

Eine neue Etappe reformistischer Spaltungspolitik

im Arbeiter-Turn- u. Sport-Bund

Material zu den Vorgängen im 4. Kreis (Sachsen) des ATuSB.

Zu beziehen durch die Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport, Berlin, Landsbergerstr. 82

Für die Gotzjetkommune!

Deffentl. Wahlversammlungen der KPD finden statt:

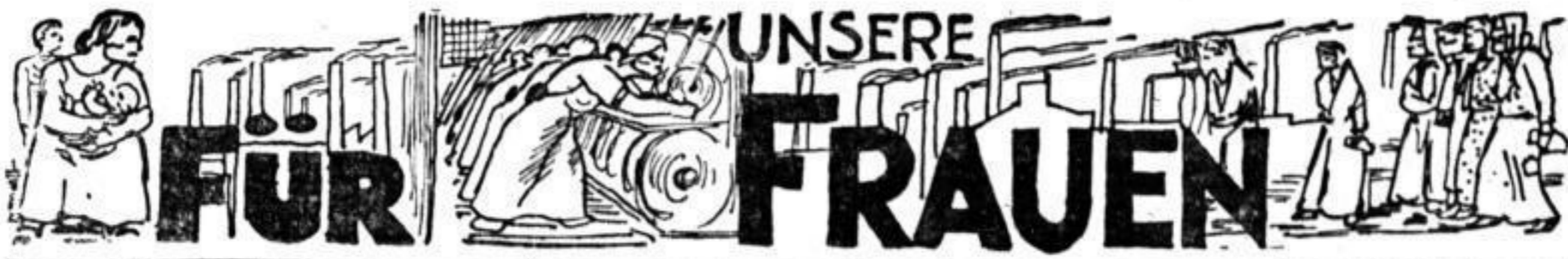
- Freitag den 15. November: Pölschitz, 19.30 Uhr im Ballhof...
- Freitag den 15. November: Pölschitz, 19.30 Uhr im Ballhof...
- Freitag den 15. November: Pölschitz, 19.30 Uhr im Ballhof...

Prinzeß-Theater

Proger Straße 52 Fernsch. 22049

Evelyn Holt in Mädchen am Kreuz

Das besondere Ereignis: Evelyn Holt persönlich anwesend!



Die Frauen und die Kommunalwahlen / Von Olga Körner

Die Beteiligung der Frau am Kampf um die Befreiung und Erhebung der Lebensbedingungen des Proletariats ist eine Lebensfrage für das Proletariat. Deshalb sind auch die Kommunalwahlen für die Frauen von großer Bedeutung. Auch sie müssen erkennen, daß es nicht gilt, bei den Wahlen nur die Stimme für irgendeine Partei abzugeben, weil sie den Frauen in übliche Verprechungen macht, sondern daß es vielmehr nur freie Verprechungen gemein sind, weil diejenigen Parteien gar nicht daran denken, ihre Verprechungen in die Tat umzusetzen. Der Kampf im Parlament steht in enger Verbindung mit dem Kampf des Proletariats überhaupt. Er kann daher nicht getrennt geföhrt werden, sondern nur in Verbindung mit der letzten Klasse.

Die Volks- und Berufszählung vom Jahre 1925, die vom Statistischen Reichsamt veröffentlicht wurde, hat im Reiche 32 Millionen erwerbstätige Personen ermittelt, darunter 20,5 Millionen Männer und 11,5 Millionen Frauen. Von diesen 11,5 Millionen erwerbstätigen Frauen sind 50,9 Prozent ledig, 31,7 Prozent verheiratet und 17,4 Prozent geschieden.

Die Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen ist von 1907 bis 1925 um 69 Prozent gestiegen. Die Zahlen zeigen, wie weit die Frau als Arbeiterin bereits im Produktionsprozeß verankert ist und wie bringen notwendig ihre Beteiligung und ihre Teilnahme an den politischen und ökonomischen Kämpfen der proletarischen Klasse ist.

Die technische Entwicklung bringt es mit sich, daß Frauen Erwerbstätige werden können, welche früher Männer verrichteten haben. Dabei erhält aber die Arbeiterin einen viel niedrigeren Lohn als der Arbeiter. 1925 war eine Lohnspanne von 44 Prozent vorhanden. Die Gewerkschaften haben unter sozialdemokratischer Führung nicht ernstlich den Grundriss: "Gleiche Arbeit gleicher Lohn" verteidigt. Der prozentuale Anteil der Frauenhöhen an den Männerhöhen betrug in der Textilindustrie 84 Prozent, in der chemischen Industrie 68 Prozent. Die Arbeiterin der Frauen ist in keiner Industrie höher als 1927 wurde festgestellt, daß

51 Prozent aller Beschäftigten Frauen über 18 Jahren erheben.

Die Frau trägt oft doppelte Lasten: als Hausfrau als Mutter, als Heim- und Industriearbeiterin zugleich. Leider fehlt aber die politische Beteiligung der proletarischen Frau im Produktionsprozeß und der politischen Einbestellung in den Produktionsprozeß und andererseits der politischen Einbestellung in ihrem entsprechenden Verhältnis.

Die Wirtschaftlichen zeigen, daß die arbeitenden Frauen zum großen Teil noch bürgerlich wählen.

Das heißt: ihren Ausbeutern die Produktionskosten bringen. Es kann aber doch unmöglich ein Unternehmer, als Vertreter seiner Klasse bei der Wahl die proletarische Frau ausbeuten, im Parlament ihre Interessen vertreten. Aber auch die Sozialdemokraten, die ebenfalls viel Frauenstimmen auf sich vereinigen können, das nicht, weil sie mit dem Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen verbunden sind, und ihre Gesetze als Kapitalverwalter und als reformistische Gewerkschaftsführer die Interessen der arbeitenden Frauen mit ihnen vertreten.

Aber nicht nur die Wahlberechtigten, sondern auch die proletarischen Kandidaten müssen erkennen,

daß die eigenen Parteien, welche ihnen nur der Wahl in nicht berücksichtigen haben im Parlament für die Arbeiterinnen einzutreten und die Fülle auf die wichtigsten Lebensmittel mit beschließen, alle ihre Lebensbedürfnisse demokratisch berücksichtigen. Der sozialdemokratische Kandidat Hilferding hat in seinem Etat für 1929 folgende Maßnahmen ergriffen:

Schulsteuer um 30 Millionen, Umsatzsteuer um 20 Millionen, Kraftfahrzeugsteuer um 45 Millionen.

Verkehrssteuer um 40 Millionen, Tabaksteuer um 50 Millionen, Zuckersteuer um 30 Millionen ufm.

Die Zölle wurden erhöht auf Roggen, Weizen, Hafer; der Viehsteu von 11 auf 14,50 Mark, Rattsteu von 1 auf 2 Mark, Jutezoll von 15 auf 25 Mark, Butterzoll auf die Dauer von 4 Jahren von 30 auf 50 Mark, der Zoll für Rindfleisch von 37,50 auf 45 Mark ab 15. 2. 1930, der Zoll für Schweinefleisch von 32 auf 45 Mark ab 15. 2. 1930.

Die Arbeiterfrauen, die jetzt schon kaum Vieh kaufen können, weil es im Preis so hoch gestiegen ist, werden, wenn die Zollerhöhungen am 15. 2. 1930 in Kraft treten, noch mehr dafür bezahlen müssen. Das hat zur Folge, daß in den Arbeiterfamilien noch weniger Vieh auf den Tisch kommt, vielleicht nur noch einmal wöchentlich bei den Erwerbslosen. Sozialrenten wird auch das nicht mehr möglich sein.

Diese sozialdemokratischen Minister geben aber mit den Erhebenden an: Sie könnten den Verheirateten Millionen Mark an Steuern.

Hilferding hat in seinem Etat 190 Millionen Mark Steuern des Verheirateten geföhrt.

Proletarierfrauen! Sind das Arbeiterrenten, die den Verheirateten die Steuern nehmen und den Heilmitteln mehr Steuern aufheben?

Diese "Kriegsbudgets", die die Sozialdemokraten gebrauchen: "Es ist kein Geld da" ist nur eine Ausrede. Denn es ist kein Geld vorhanden, wenn man den Verheirateten Millionen löhnt, Vorgesetzten

freuzer baut, der katholischen und evangelischen Kirche hohe Summen zur Volkserziehung auswirft, und so vieles andere mehr?

Diese Reichspolitik wölft die Köpfe der Roten auf die Gemeinden, dort spiegelt sich das Gleich hinter als je wider, aber gerade in den Gemeinden nimmt man Streichungen bei den sozialen Ausgaben vor, während man den Vollzepparat ausbaut.

In Dresden freicht man im diesjährigen Haushaltsplan Gelder beim Ortsamt für Kriegerfrauen, Arbeiterinnen und Jugendamt bei den Schulen, Volkshäusern, Kinderheimen, Krippen, Obdachheim, Verlornehaus, beim Krankenpflegesamt ufm. Dabei erhöht man die Ausgaben für die Polizei auf 3 614 000 Mark, bewilligt hohe Summen für Landes-theater, Ausstellung und andere Zwecke.

Es wird endlich Zeit, daß auch die proletarische Frau erkennt, wie sie bisher belogen worden ist, und nicht mehr auf solche leere Verprechungen hineinfällt; daß sie die Notwendigkeit der Beteiligung am proletarischen Klassenkampf erkennt, den nur allein die kommunistische Partei führt.

Die Kommunisten haben der Arbeiterin keine Illusionen vorzutäuschen, sie haben aber vollständiges Vertrauen in die Arbeiterin im Parlament vertreten und werden auch weiter ihre Forderungen im Interesse des Proletariats stellen. Dazu gehört aber, daß die Arbeiterin die kommunistische Partei unterstützt und die proletarischen Frauen als ein wichtiger Teil der Arbeiterin

am 17. November die Sitze der KPD wählen.

Abbau bei der Gefährdetenfürsorge der Stadt Dresden

Wie wir erfahren, soll die in den neuen Arbeiterheimen des Büchsenwerkes, Große Frauende Straße 19, befindliche Kindertagesstätte, die den Vorkindergarten der Übergang in gewöhnliche und einwandfreie Tätigkeit ermöglichen soll, abgebaut werden.

Der Grund zum Abbau soll angeblich sein, daß die in dort untergebracht Frauen und Mädchen wenig Luft und Licht zur Arbeit seien, daß die Arbeit, die sie leisten — sie werden hauptsächlich im Nähen beschäftigt — nach dem üblichen Tarif bezahlt wird, aber in keinem Verhältnis zur Beschäftigung sei, sondern sehr mangelhaft sei.

Es sollen sich auch nur wenige von den 48 Frauen und Mädchen, die bis jetzt in die Werkstätte aufgenommen worden sind, wirklich bemühen haben, etwas zu lernen, so daß die Einrichtung noch so gut wie keinen Erfolg zeigt.

Der wichtigste Grund des Abbaus ist natürlich nur, daß die Einrichtung der Stadt Dresden Geld kostet, das aber nicht verwandt werden soll und gehört wird, wo es am wenigsten angebracht ist.

Auch hier zeigen sich die Auswirkungen der Hilferding'schen Maßnahmen. Die Kosten, die den Gemeinden durch den Abbau der Erwerbslosenfürsorge auferlegt werden, werden wieder durch den Abbau sozialer Einrichtungen wettgemacht. Und das in einer Zeit, der hart zunehmenden Erwerbslosigkeit, wozu jetzt viele Frauen und Mädchen betroffen werden, die durch die Verdrängung bei der Erwerbslosenüberführung besonders gefährdet sind.

Wir haben auf dem Standpunkt, daß solche Fortbildungsanstalten so ausgebaut werden müssen, daß für diejenigen, die dort aufgenommen werden, die Möglichkeit besteht, sich auf

allen Gebieten der Frauenberufarbeit nach ihrer Fähigkeit und Eignung ausbilden zu können.

Aber man muß abbauen und mit den jetzt noch dort untergebrachten Frauen einen Verlust in den Verhältnissen für Erwerbsbeschäftigte machen.

Entscheidend werden die in den Werkstätten für Erwerbsbeschäftigte Beschäftigten nicht nach dem Tarif bezahlt. Nun kann man sich vorstellen, daß viele Frauen und Mädchen, die bis dahin den Tariflohn erhalten haben, erst recht keine Luft und Licht zur Arbeit zeigen werden.

Die Vorkindergarten sind Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie sind zum großen Teil auf Grund ihrer schlechten materiellen Verhältnisse abgebaut worden. Wenn es immer ist, viele Frauen wieder in eine gewöhnliche Tätigkeit zu bringen, so ist das verhältnismäßig haben doch viele Mädchen früher ein ganz anderes Leben geführt.

Es fehlt ihnen die Ausbeuter, es fehlt ihnen Bildung, sie unterwerfen. Das ist aber kein Grund, viele Fortbildungsanstalten abzubauen, sondern sie muß erst recht ausgebaut werden. Es müssen Arbeiterinnen eingestellt werden, welche werden mit diesen Frauen und Mädchen umgehen. Wir glauben bestimmt, daß hier ein Mangel ist. Es gilt aber zu verhindern, daß viele Frauen wieder zu ihrem früheren Lebensniveau zurückkehren. Die Kommunisten werden den Kampf auch auf diesem Gebiete führen, trotzdem wir wissen, daß eine empfindliche Verminderung erst in einem proletarischen Staat möglich ist. Arbeiterkorrespondenz 1927.

Fünf Personen in einem Bett!

Erstreckende Zahlen über die Wohnungsnot in Frauen im Vogtlande entnehmen wir einer bürgerlichen Statistik. Die Statistik vom hiesigen Reichsamt wurde durch Umfrage festgestellt. Auf ein Bett kommen:

bei 1 Familie	5 Personen.
• 18	• • • 3-4
• 244	• • • 2-3
• 486	• • • 1-2
• 6	• • • 1

Von 755 Arbeiterfamilien hatten also nur in 6 Familien alle Familienmitglieder ein eigenes Bett!

Und angefaßt solcher Zustände, die eine mehr Verbreitung von Tuberkulose, Geschlechts- und anderen Krankheiten geradezu herausfordern, wagt es die Bourgeoisie doch, immer weitere Verschlechterungen für die Werkstätten durchzuführen. Einen Ausweg aus Wohnungsnot und Elend gibt es nur durch Niederlegung der Kapitalistenbrut. Gibt den Revolutionären aller Schichtungen am 17. November die richtige Antwort!

Entscheidet euch für die kommunistische Partei!

Heimarbeiterinnenelend

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

In Guben, Tobitz und den umliegenden Orten gibt es viele Arbeiterinnen, die für die Tobitzer Garnfabrik und die Heilmann'schen "Spinnen leben". Auch ich habe solche Heimarbeiterinnen. Es ist dabei keine Seltenheit, daß wir auf einen Stundenlohn von 9 und 10 Pf.

kommen. Wollen die Heimarbeiterinnen etwas verdienen, so spannen sie ihre Kinder mit in die Arbeit ein. — Früh morgens, kaum ich der Mann auf Arbeit, vorangeht, daß er überaus nach Arbeit hat, die Kinder schlafen noch. Schnell muß man die Spinnstühle zur Hand nehmen, denn jede Minute muß eingenommen werden. Kaum ist Zeit zum Essen, von einer kleinen Kuchensuppe gar nicht zu reden. Durch das dauernde Sehen auf das keine Gewebe werden die Augen überanstrengt. Schon früh beim Beginnen der Arbeit brennen sie und schmerzen. Bitter ist unser Leben für uns selbst und für unsere Kinder. So mühsam die Kinder nicht mit bei der Arbeit helfen, daß sie sich selbst überlassen, in der Küche, wo die Mutter die Spinnen sieht, sind sie im Wege, denn die Spinnen müssen lauter abgelehrt werden, die kleinen Kinderhänden dürfen nicht daran kommen. Die Mütter haben keine Zeit für ihre Kinder, besonders im Sommer, wenn die kleinen Kinderhänden sie nicht loslassen, wo ein freundliches Wort genügt hätte.

Heimarbeiterinnen! Organisiert euch im Textilarbeiterinnenverband! Kämpft mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen eure Ausbeuter!

Badstübner, Gauleiter des DVB, Arm in Arm mit den Unternehmern gegen die Arbeiterschaft

Massenentlassungen von Arbeiterinnen und Arbeitern haben gegenwärtig in der gesamten Industrie auf der Tagesordnung. In der Spitze marschieren die Eisenplaner, Krüger, Ullrich, die Arbeiterinnen, umweltschwerbetrierte, liegen mit Genehmigung des reformistischen Betriebsrates bereits auf der Straße. In den nächsten Tagen folgen weitere 500.

In einer Betriebsversammlung der Beschäftigten Krüger, die zum Abbau Stellung nahm, erklärte der Gauleiter des DVB, Podhansky: Der Verband müsse die Entlassung verheirateter Frauen verhindern. Durch die doppelte Beschäftigung: Arbeit im Betrieb und Arbeit für die Familie — sei die Gesundheit der verheirateten Frauen immer bedroht.

Hilferding ein "Revolutionsfreund" sein! Nur verheiratet er bewußt, daß die verheirateten Frauen durch die Not dazu getrieben werden, sich doppelt ausbeuten zu lassen. Durch den Hungerstreik gegen die Arbeiterschaft (Abbau der Löhne, verdrängte Ausbeutung, Vertiefung der Lebensmittel durch die Erhöhung der Löhne der Tarife für Gas, Strom, Wasser und Rohstoffe ufm.) gewinnt die kapitalistische Gesellschaft die verheirateten Frauen, mit ihr den Unterhalt der Familie zu verdienen. Wie elend die Proleten und ihre Kinder leben, bewiesen die haben Konsumgüter, beweis die häßlich zunehmende Kinder- und Säuglingssterblichkeit.

Hinter seinen lächelnden Worten verbirgt sich Podhansky den Betrug der reformistischen Gewerkschaften an den arbeitenden Frauen. Der Deutsche Textilarbeiterverband, der als er noch revolutionär und eine die Interessen der Arbeiterschaft vertretende Organisation war, für die Lösung: Gleichberechtigung der Frauen, Befreiung der Frauen durch den Sozialismus, kämpfte, tritt heute als Kapitalist ohne elementarsten Reformen mit ihnen.

Wie sieht es heute mit den sogenannten Doppelverdienern? Wenn es heute nicht ein Verheirateter, dann ein Mann und Frau Arbeit. Aber lasst ihnen, daß das morgen noch der Fall ist, daß nicht morgen schon eines von beiden auf der Straße liegt? Sichert nicht jede Familie das Geld der Arbeiterschaft? Sichert nicht jede Familie das Geld der Arbeiterschaft? Sichert nicht jede Familie das Geld der Arbeiterschaft? Sichert nicht jede Familie das Geld der Arbeiterschaft?

Ist es da nicht ein Verheirateter, dann ein Mann und Frau Arbeit. Aber lasst ihnen, daß das morgen noch der Fall ist, daß nicht morgen schon eines von beiden auf der Straße liegt? Sichert nicht jede Familie das Geld der Arbeiterschaft? Sichert nicht jede Familie das Geld der Arbeiterschaft? Sichert nicht jede Familie das Geld der Arbeiterschaft?

Das ist eine der vielen Methoden der reformistischen Gewerkschaften, mit denen sie die Spaltung in die Arbeiterschaft hineintragen. Darum sollen wir, die Arbeiterinnen, ob verheiratet oder nicht,

betrierte, die Arbeiterschaft überhaupt, die Köpfe der Nationalisierung, die Erwerbslosigkeit u. m. tragen, während der Unternehmern es ist, der durch die Nationalisierung Millionen über Millionen aus den Knochen der Arbeiterschaft prescht!

Wir Arbeiterinnen und Arbeiter sollen uns dessen bewußt werden: Nicht der "Doppelverdiener" gilt unser Kampf, sondern den Unternehmern und ihren reformistischen Partnern.

Jede Frau hat das Recht auf Berufsarbeit!

Erst das ist die Grundlage zur Befreiung von ihrem Doppeltod, so wie sie in Sowjetrussland, dem einzigen Arbeiter- und Bauernstaat, bereits praktisch durchgeführt ist.

Die einzige wirkliche Interessenvertretung und Führung in unserem Kampfe ist die kommunistische Partei, die die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Sie ist angefaßt in die Hände aller Arbeiterinnen und Arbeiter. Stärkung der revolutionären Gewerkschaftsopposition heißt Stärkung der Kampffront der Arbeiterschaft.

Arbeiten bis zum Erbrechen

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Neugersdorf. Eine Arbeiterin berichtet: Ich war längere Zeit erwerbslos. Endlich wurde mir Arbeit vermittelt in der Näheren Feinweberei. Raum bis ich drei Tage dort gearbeitet habe. Der Lohn war mit, ich sollte wenige Minuten. "Längere Kräfte brauchen mich nicht", sagte er dann. Der Stundenlohn ist 30 Mark. Trotzdem man sich die ersten Tage erst einarbeiten muß, hatte ich doch 15,50 Mark verdient. Aber ich war eben nicht geübt, für zwei zu schaffen, und so durfte ich gleich aufhören. Nun fange ich wieder an zu lernen.

Was ist in diesen paar Tagen in der Feinweberei beobachtet worden, ist atterhand. Bevor ich zum letztenmal die Tür nach außen umgehen durfte, hörte ich von einer Kollegin, daß sie am letzten Sonntag von ihrem Mann um 5 Uhr aus dem Betrieb gebolt worden sei. Mit einem gewaschenen Arbeitsstiel wird es in diesem "Näherbetrieb" nicht so genau genommen. Jeder arbeitet solange er will, nicht etwa 8 Stunden, nein, jetzt muß leben bis er er "Lohn" hat. Aber es kann nach 8 Stunden sein, daß er "unangekommen" ist. Das bekommt man zu spüren.

Es ist Aufgabe der revolutionären Arbeiterschaft Neugersdorf, diese jämmerlichen Zustände in der Feinweberei endlich einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Baby-Mäntel
Strick-Kleidung
Mädchen-Mäntel

↓

kauft man preiswert
in allen Größen

↓

bei
Carl May
Freital-Deuben

Fahrräder, Nähmaschinen

Schrank- und Tischreparaturen, Nähmaschinen
Reparatur, Ersatzteile, Fahrrad- und Nähma-
schinenspezialität: gut und billig!

Bärs Fahrradhaus, Freital

Untere Dresdner Straße 29, beim neuen Kino

Einige neue Nähmaschinen mit kleinen Motor-
betrieben besonders billig abzugeben

Eckstein
CENTRAL KAUFHAUS FREITAL

bietet Ihnen **alle Waren**
zu niedrigsten Preisen

Die Spielwaren-Schau
ist eröffnet!

Puppenwagen, Schaukel-
pferde besond. preiswert

Reichs-Porzellan-Woche
vom 16. bis 23. November

Verteilung von
künstlerischen Postkarten

Optiker Pochert
Fachgeschäft für Augengläser

Freital-Potschappel
gegenüber dem Rathaus
Lieferant für Krankenkassen

W. Kelling
Chemische Reinigung
Kunstfärberei

Zoologische Handlung
Johs. Bormann, Freital-Do.

gegenüber dem Rathaus

Kanarienvogel, prima Sanger, eigene Zucht; Vogel-
futter in Spezialmischung; exotische Vögel und Fische;
Vogelkäfige und Sonstiges in größter Auswahl

Schallplatten
Alle Marken Große Auswahl

Grammophon-Werke, Schalldosen,
Tonarme, Deckelstützen, Bänder zum
Selbstbau von Apparaten

Sprechapparate • Nähmaschinen
Wringmaschinen

Kleine Anzahlung Kleine Wochenraten

Albin Forke
Freital-Do., Untere Dresdner Straße 87

**Volks-
Bekleidungs-
Woche** vom 15.-23. Nov.
bei **Schmitz & Co.**



Schon seit Wochen ist die gesamte Herstellung unserer
zwei Kleiderfabriken auf dieses große Ereignis gerichtet. —
Tausende warten noch immer mit der Anschaffung eines
warmen Wintermantels, weil das Geld nicht reichen will.

Für Alle, insbesondere aber für die, die nicht über einen dicken
Geldbeutel verfügen, haben wir jetzt allerbestens gewirkt
Für Alle, die keinen widerwertigen, sondern einen guten Winterulster
kaufen möchten, haben wir diesen Sonderverkauf veranstaltet.

TEILZAHLUNG

1/4 Anzahlung, Rest in 20 Wochen-Raten.
5 Hauptpreise für Ulster, Paletots, Anzüge.

39. 46. 58. 69. 78.

Anzahlung: 10.- Anzahlung: 11.50 Anzahlung: 14.50 Anzahlung: 17.50 Anzahlung: 19.50

Schmitz & Co.

Dresden / Das Haus der guten Herrenbekleidung
Waisenhaus- Ecke Viktoriastraße

Das wäre ein
Mantel für Sie -
aus soliden, hoch-
modernen Ulster-
stoffen, auf K. Seide
gesteppt, mit vorzüg-
lichem Aermelfutter,
ein Qualitätsstück, an
dem Sie lange Freude
haben — auf Teil-
zahlung und doch
nur 58.

Einen Aufmarsch schöner Kleider

bringen wir zur diesjährigen Wintersaison. Qualität und Verarbeitung sind erstklassig, und die Preise sind
wirklich niedrig gehalten! Besichtigen Sie unsere Spezialausstellung in den Fenstern an der Dohnaschen Straße

Modehaus Emil Lange, Pirna
Dohnasche Straße, Ecke Schulgasse

Wir fertigen Ihnen

unter technischer Aufsicht
eleg. Anzug oder Mantel
mit unserem Schnitt und guten Stoffen
für RM. 65, 75, 85, 95
mit Ihrem Schnitt und unserem Stoffen
für RM. 38, 45, 55

garantierter Vollkornverarbeitung — Apparete — guter Stoff
Auch Anfertigung einzelner Stücke

Plowitz & Harnik
Joh.-Georgen-Allee 6, 1., u. Molkeplatz 3, 1.
Telefon 28707

Auf Wunsch Vertreterbesuch / Eilanfertigung 9 Tage



Hör, deine letzte Stunde hat geschlagen!
Darf ich dich noch nach einem Wunsch fragen?
„Nur eine Bitte hab' ich, könn' meine Frau,
spende mir noch ein Flasch' SOLER-WEIN.“

F. SOLER Wettinerstraße 48
Wilsdruffer Str. 19

Werbt neue Abonnenten

Ämliche Bekanntmachungen

Gemeinderatswahl
Für die am Sonntag dem 17. November 1929 stattfindende
Gemeinderatswahl ist die Gemeinde Niederleibitz in drei
Wahlbezirke eingeteilt worden. — Es umfasst

Wahlbezirk 1:
Albert, Kuer, Pismard, Debriger, Joditz, Gabelsbergers,
Hilberbrandt, König, Leubener, Herz, Otto-Kauffmann, Kön-
gen, Schul, Senfelder, Siemens, Wilhelm, Jeppelin-
und Schmalzer Straße.

Wahlbezirk 2:
Rohndorf, Dorch, Friedens-, Friedrich-Eberts, Garten,
Goscheltstraße, Heimgarten, Hermann-Schmitz-Weg, Hindenburg-
Kirchstraße, Langer Weg, Radwägen, Lugaer Straße 2-56
Mühlens, Reifens, Veltalweg, Vöhlitz, Reider Straße, Koll-
weg, Schiller, Theodor-Körners, Weidens-, Wischom- und Wink-
mühlensstraße.

Wahlbezirk 3:
Ortsteil Großkuga, ausschließlich der Hilberbrandt- und
Dorfstraße.

Wahlbezirk 4:
Die Wahlzeit dauert von 9 bis 18 Uhr.
Folgende Wahllokale sind zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei
2. Bürgerliche Liste Witzke
3. Bürgerliche Liste Weidense
4. Kommunistische Partei, Ortsgruppe Niederleibitz

Nr. 2 Bürgerliche Liste Witzke und Nr. 3 Bürgerliche Liste
Weidense sind miteinander verbunden. Die Verbindung dieser
Liste ist vom Wahlausschuss zugelassen worden.

Die Stimmzettel für die Gemeinderatswahl
sind amtlich hergestellt und werden am Wahltag im Wahlraum
den Wahlberechtigten ausgehändigt.

Niederleibitz, am 13. November 1929,
Der Gemeinderat
als Gemeindevorstand,
Ratler, Bürgermeister.

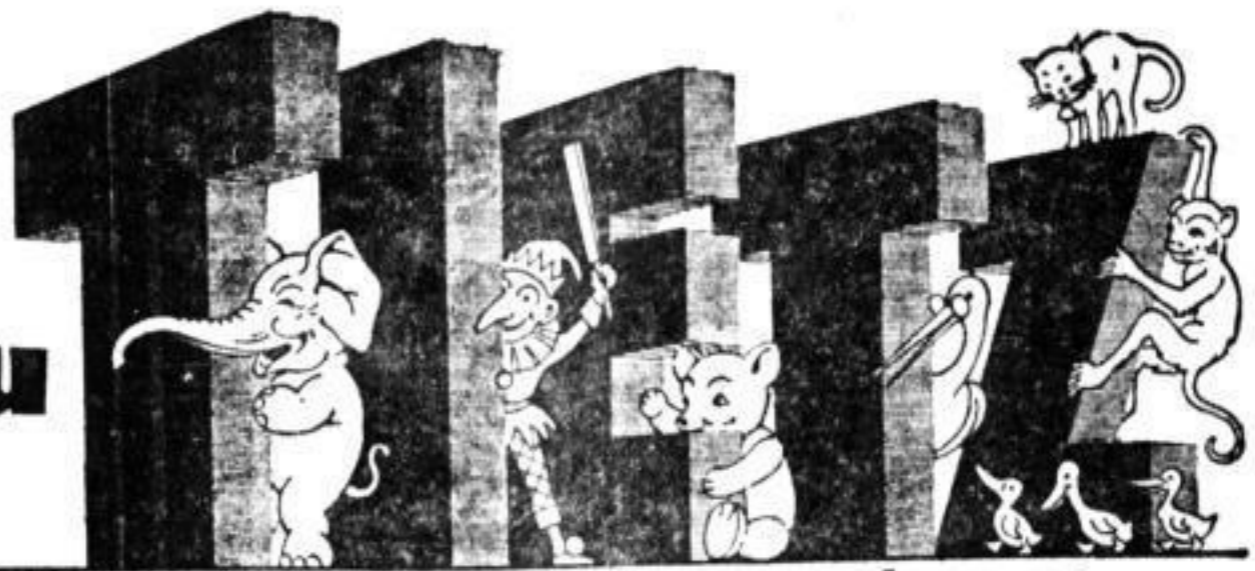
Das Ortsgebiet der Gemeinde Ottenhof-Ostfilla über das
bei den Gemeinderatswahlen für die Bestellung der
Stimmen anzuwendende Verfahren ist von der Aufsichtsbehörde ge-
nehmigt worden. Das Ortsgebiet ist am Amtsblatt im Rathaus
angehängt und gilt damit als veröffentlicht.

Ostfilla, am 14. November 1929,
Der Gemeindevorstand.

Zur Ermittlung des Wahlergebnisses findet eine Sitzung
des Wahlausschusses
Sonntag den 17. November um 20,30 Uhr
im Rathaus statt.
Den Wahlberechtigten steht der Zutritt zur Sitzung offen
Ottenhof-Ostfilla, am 14. November 1929,
Der Gemeindevorstand.

Großer Spielwaren-Verkauf!

Das Kind muß zu



Unsere Schaufenster zeigen:
Münchhausens wunderbare Abenteuer.

Wallstraße, Webergasse, Scheffelstraße und Wilsdruffer Straße 12

Den Stoff zum Kleide
in Wolle oder Seide

↓
kauft man vorteilhaft
im großen Lichthof

↓
bei
Carl May
Freital-Deuben

Walter Vollkomm
Freital-Deuben, Feldstr. 1
Telefon 1041
Holz- und Kohlenhandlung
Ausführung aller Art Fuhr-
ren und Autovermietung

H. Brühls
Bettfedernhaus
Modernste Dampfreinigung
Freital-Deuben, Körnerstraße 4

Ältestes und größtes Spezialge-
schäft Freital und Umgegend
Großes Lager echt böhmischer
Bettfedern, Daunens und Inletts

Neuheit! Neuheit!
Patent-Ballonkissen

Feine Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt **Karl Barisch**
Dresden-Albstadt, Mittelstraße 10

**Winter-
Mäntel**

Neueste Muster in Qualitäten
Feine Verarbeitung
36.- 42.- 39.- 69.- 78.- 80.- 95.-

Winterjoppen, Windjacken
Hosen • Berufskleidung
• Auf Wunsch Zahnräder-leichter auf •

**Herrn-Moden-Haus
Hnulik**
Freital, gegenüber d. Hofmühle
Mitglied des Rehabilitations-Vereins

Puppen

Puppenteile u. -garderobe findet
man in großer Auswahl bei
Puppen-Herrmann
Freital-Deuben, Feldstraße 5
Reparaturen schnell und billig

Wetterfeste
Schuhe

Nur den Herbst im
**Schuhhaus
Max Obermann**
Freital-Deuben, Am Rathaus

Arbeiter, Angestellte und Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-
kongresses, der Ortsvereinsversammlung, des Allgemeinen
Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-
bundes nur verbinden bei dem eigenen Unternehmen, der

VOLKSFÜRSORGE
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungsgesellschaft

Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die
Rechnungsstelle Dresden-A, Maxstraße 13 oder der Vor-
stand der Volksfürsorge in Hamburg 3, Am der Alster 55/59

Kauft bei den Inferenten

**Willst
Du gute
Stollen
backen,**
mußt Du haben alle Sachen
von einwandfreier, bester Beschaffenheit:

Rosinen

Kaff. Sultanis-Rosinen Pfund von 45,- an
Smyrna-Sultanis-Rosinen Pfund von 55,- an
Eisbe-Rosinen Pfund von 50,- an
Ost-Korinthen Pfund 70,-

Mandeln

Prima süße Bari Pfund 180,-
Smyrna-Süße Bari, verlesen Pfund 200,-
Beste handgekläubte süße Bari Pfund 220,-
Beste bittere Bari Pfund 220,-
Bittere Perser Mandeln Pfund 180,-
Geraspaltete Kokosnuss Pfund 90,-

Zitronat
beste korinthische Frucht von hervor-
ragend schöner Kandierrung
Pfund 140,-

Orangeat Pfund 125,-

Beste thür. Mohnsaat Pfund 60,-
Auf Wunsch wird dieselbe sofort frisch
gemahlen

Kondens. Vollmilch
ohne Zucker... 16-Oz.-Dose 60,- 55,- 45,-
do do... 8-Oz.-Dose 30,-
Gesüßte „Milchmädchen“ 14-Oz.-Dose 90,-

Die kluge und sparsame Hausfrau wird auch in diesem Jahre ihre Back-Zutaten
bei uns kaufen, denn sie weiß, daß sie bei uns immer gut bewahrt bleibt!

Wir bitten, unsere Schaufenster zu beachten!

Auf den vollen Betrag vorstehender Preise gewähren
wir Einkauf-Gutscheine, die am Jahreschluß mit **6% Rückvergütung in bar**
ausbezahlt werden

Weizenmehl
In seit Jahren bewährten, ausgeprägten guten Qualitäten:

Auszug-Mehl Pfund 25,-
Katzen-Auszug-Mehl, grüßig Pfund 28,-
Diamant-Mehl Pfund 29,-
do... 5-Pfund-Beutel 150,-
Hiermer's Kaiser-Auszug, 5-Pfd.-Beutel 145,-
Eger's-Mehl Pfund 145,-
do... 5-Pfund-Beutel 145,-
Es gibt auch noch billigere Mehle. Jedoch
ist der Verwendung dieser billigen Sorten
für die Bäckerei dringlichst zu widerraten

Backzucker
Gem. Mehl Pfund 33,- u. 33,-
Gem. Raffinade Pfund 34,-

Beste Puder-Raffinade
(kein Mehl-Puder) Pfund 40,-

Echte Bourbon-Vanille
Stange 10,-, 15,- und 25,-

Vanille - Vanillezucker - Macisblüte
Fenchel, Koriander, Kardamom, Backpulver

Feinste gelbe Zitronen
Stück 12,-

Rum
zur Verbesserung des Gebäcks

Fein. Jamaica-Rum Verschnitt, 88% 1/2 Fl. 4.00
Echt. Jamaica-Rum Verschnitt, 45% 1/2 Fl. 4.50
Echt. Jamaica-Rum, 50% 1/2 Fl. 8.50
Echt. Jamaica-Rum Original, 75% 1/2 Fl. 12.50
einachtl. Flasche

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz
A.-G., Zweigniederlassung Dresden